

RheinlandPfalz



Statistische Monatshefte

1994

Januar

Februar

März

April

Mai

Juni

Juli

August

September

Oktober

November

Dezember

Inhalt

Europawahl 1994: Wahlrecht von Unionsbürgern

- 71 An der Wahl zum Europäischen Parlament am 12. Juni 1994 können erstmals auch nichtdeutsche Unionsbürger, das heißt Bürger der übrigen Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft, teilnehmen, die in der Bundesrepublik Deutschland wohnen. Der Beitrag enthält Einzelheiten über Wahlrecht und Wählbarkeit.

Die neue Asylbewerber- leistungsstatistik

- 73 Die Asylbewerberleistungsstatistik ist eine Bundesstatistik, die zum 1. Januar 1994 eingeführt wurde. Es wird über das Erhebungsverfahren und die Inhalte der Statistik informiert.

Beherbergungskapazität im Fremdenverkehr am 1. Januar 1993

- 75 Vielfalt und Qualität im Angebot der rheinland-pfälzischen Fremdenverkehrsbetriebe werden erläutert.

Pachtverhältnisse in der Landwirtschaft

- 84 Die landwirtschaftlichen Betriebe bewirtschaften immer größere Flächen. Die Betriebsvergrößerung erfolgt zumeist über die Pacht, so daß Pachtangebot und -entgelt eine große wirtschaftliche Bedeutung für die Betriebe haben.

Dialogisierung des Wohngeldverfahrens

- 88 Das automatisierte Wohngeldverfahren wurde so weiterentwickelt, daß eine direkte Kommunikation der Anwender mit dem Zentralrechner erfolgen kann.

Anhang

- 25* Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz
31* Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

**Europawahl 1994:
Wahlrecht von Unionsbürgern**

Am 12. Juni findet in der Bundesrepublik Deutschland die Wahl zum Europäischen Parlament statt. Erstmals können auch nichtdeutsche Unionsbürger, das heißt Bürger der übrigen Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft, die in der Bundesrepublik wohnen oder sich sonst gewöhnlich aufhalten, an der Wahl teilnehmen; sie können wählen und gewählt werden.

Sie sind wahlberechtigt, wenn sie am Wahltag

- das 18. Lebensjahr vollendet haben,
- seit mindestens drei Monaten in der Bundesrepublik Deutschland oder in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaft eine Wohnung innehaben oder sich sonst gewöhnlich aufhalten und
- weder in der Bundesrepublik Deutschland noch im Herkunftsmitgliedstaat vom Wahlrecht ausgeschlossen sind.

Das Wahlrecht darf aber nur einmal und nur persönlich ausgeübt werden. Das gilt auch für Wahlberechtigte, die zugleich in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaft zur Wahl zum Europäischen Parlament wahlberechtigt sind.

Formelle Voraussetzung für die Ausübung des Wahlrechts ist, daß der Wahlberechtigte in das Wählerverzeichnis der Gemeinde seines Wohn- oder gewöhnlichen Aufenthaltsortes aufgenommen ist. Die Aufnahme in das Wählerverzeichnis erfolgt nur auf Antrag, der bis spätestens 9. Mai 1994, 16 Uhr, zu stellen ist.

Unionsbürger, die in der Bundesrepublik Deutschland eine Wohnung innehaben oder sich sonst gewöhnlich aufhalten, sind wählbar, wenn sie am Wahltag

- seit mindestens einem Jahr die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaates der Europäischen Gemeinschaft besitzen,
- das 18. Lebensjahr vollendet haben und
- weder in der Bundesrepublik Deutschland noch im Herkunftsmitgliedstaat vom Wahlrecht ausgeschlossen sind.

Niemand kann sich aber gleichzeitig in der Bundesrepublik Deutschland und in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaft zur Wahl bewerben. ug

Mehr über dieses Thema auf Seite 71.

Bruttoinlandsprodukt 1993 real um 1,9 % gesunken

Nach dem Ergebnis der neuesten Schätzung des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ lag das reale Bruttoinlandsprodukt in Rheinland-Pfalz 1993 mit 131,4 Mrd. DM um 1,9 % unter dem Vorjahreswert. Damit ist die Summe aller wirtschaftlichen Leistungen in Rheinland-Pfalz im selben Maß gesunken wie im Durchschnitt des früheren Bundesgebiets. Diese zweite, auf erweiterter Datenbasis beruhende Schätzung der Wirtschaftsentwicklung in den einzelnen Bundesländern zeigt eine etwas günstigere Tendenz als die erste Schnellrechnung zu Jahresbeginn.

In den einzelnen Wirtschaftsbereichen verlief die Entwicklung unterschiedlich. Ausschlaggebend für den Rückgang der wirtschaftlichen Leistung war der Abschwung im verarbeitenden Gewerbe (- 5,8 %) und im Baugewerbe (- 5 %). Auch im Bereich Handel und Verkehr ging die reale Bruttowertschöpfung zurück (- 1,1 %). Dagegen war für die Dienstleistungsunternehmen (+ 2 %) und für den Bereich Staat, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck (+ 1,4 %) erneut ein Wachstum zu verzeichnen.

An der Entstehung des Bruttoinlandsprodukts in Rheinland-Pfalz waren 1,52 Mill. Erwerbstätige beteiligt, das sind 1,3 % weniger als 1992. Die reale Leistung je Erwerbstätigen lag mit 86 550 DM um 0,6 % unter dem Vorjahreswert. ker

**Künftig amtliche statistische Ergebnisse über
Asylbewerber**

Mit dem Jahresbeginn 1994 wird die Asylbewerberleistungsstatistik, die aus den beiden Teilerhebungen der Empfänger und des Aufwands besteht, mit einer einmaligen Bestandserhebung der Empfänger von Regelleistungen eingeführt. Diese wird durch Zugangs- und Abgangsmeldungen quartalsweise fortgeschrieben. Am Ende des jeweiligen Berichtsjahres ist der Bestand der Empfänger von Regelleistungen zu melden. Bedürftige, die ausschließlich besondere Leistungen beziehen, werden ebenso wie die Ausgaben und Einnahmen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz am Jahresende erfaßt.

Die neue Statistik beinhaltet hilfe- und personenbezogene Merkmale. Es wird möglich sein, über die Art der Hilfe, deren Dauer oder den Haushaltstyp Auskunft zu erhalten. Diese Daten werden in den Ergebnistabellen mit personenbezogenen Merkmalen wie Alter, Geschlecht, Staatsangehörigkeit, aufenthaltsrechtlichem Status oder Erwerbsstatus kombiniert.

Der Aufwand soll künftig aus der kommunalen Haushaltsrechnung erfaßt werden. Hierzu wird eine Erweiterung der Haushaltssystematik mit dem Ziel angestrebt, Ausgaben und Einnahmen nach Hilfearten differenziert nachzuweisen. str

Mehr über dieses Thema auf Seite 73.

Kapazität des Beherbergungsgewerbes

Vielfalt und Qualität im Angebot rheinland-pfälzischer Fremdenverkehrsbetriebe zeigen sich in den Ergebnissen der Kapazitätserhebung. Am 1. Januar 1993 boten 3 825 Betriebe insgesamt 147 865 Betten in 72 417 Gästezimmern und Wohneinheiten an. Die Zahl der nachgewiesenen Betriebe ging zwar gegenüber der vorangegangenen Kapazitätserhebung von 1987 um 7,7 % zurück, jedoch wurden 1993 um 1,3 % mehr Betten angeboten als 1987. Mit Bad oder Dusche und WC sind mittlerweile 81 % der Gästezimmer ausgestattet (1987: 65 %). Unter den Wohneinheiten verfügen 47 % über drei und mehr Räume.

17 % (1987: 4,1 %) der Gästezimmer und ebenfalls 17 % (1987: 3,5 %) der Wohneinheiten wurden pro Übernachtung für 150 und mehr DM angeboten. Unter 30 DM pro Übernachtung lagen 4 % (1987: 14 %) der Gästezimmer und 7,5 % (1987: 14 %) der Wohneinheiten.

Von 248 nachgewiesenen Campingplätzen befanden sich die meisten Plätze in den Landkreisen Bitburg-Prüm (27), Neuwied (23), im Rhein-Lahn-Kreis (21), Trier-Saarburg (20), Cochem-Zell (19), Ahrweiler (18) und im Westerwaldkreis (17). 90 % der Campingplätze boten Ver- oder Entsorgungseinrichtungen (z. B. Einzelhandelsgeschäfte, Kiosk, Restaurationsbetrieb, Waschmaschinen, Entsorgungseinrichtung für chemische Toiletten) an. Mit Sport- und Freizeiteinrichtungen, wie etwa Kinderspielflächen, Hallen-/Freibädern, Minigolfanlagen oder Tennisplätzen, waren gut zwei Drittel der Plätze ausgestattet. kl

Mehr über dieses Thema auf Seite 75.

Winzer setzen auf bekannte Rebsorten

Riesling und Müller-Thurgau sind weiterhin die von den rheinland-pfälzischen Winzern bevorzugten Rebsorten. Knapp die Hälfte der 1 200 ha, die im Jahre 1993

nach vorangegangener Rodung wiederbepflanzt wurden, entfallen auf diese Sorten. Landesweit stehen derzeit auf 23 % der bestockten Rebfläche (68 200 ha) Riesling- und auf 22 % Müller-Thurgau-Reben. Weitere bedeutende Weißweinrebsorten sind der Kerner (9,1 %) und Silvaner 8,2 %). Hohe Flächenzunahmen wurden für Weißburgunder verzeichnet, der jetzt gut 1 % der Rebfläche beansprucht. Immer größerer Beliebtheit erfreuen sich die Rotweinsorten. Sie stocken mittlerweile auf 12 % der Rebfläche, gegenüber 10 % vor gut 20 Jahren. Allein 52 % der Rotweinfläche entfallen auf den Portugieser, weitere 22 % auf den Blauen Spätburgunder und 19 % auf den Dornfelder. bd

Preisindex für die Lebenshaltung im Bundesgebiet ¹⁾ im März 1994		
Indexbezeichnung	1985=100	Veränderung zu März 1993 in %
Alle privaten Haushalte		
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren (einschl. Verzehr in Gaststätten)	115,6	1,2
Bekleidung, Schuhe	117,8	1,6
Wohnungsmieten	135,7	4,8
Energie (ohne Kraftstoffe)	91,2	- 0,1
Möbel, Haushaltsgeräte u. a. Güter für die Haushaltsführung	119,9	2,3
Güter für:		
Gesundheits- und Körperpflege	126,2	3,7
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	125,0	3,4
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	117,8	2,3
Persönliche Ausstattung, Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes sowie Güter sonstiger Art	142,3	6,8
Gesamtlebenshaltung	122,8	3,2
4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen		
Gesamtlebenshaltung	122,2	3,1
4-Personen-Haushalte von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen		
Gesamtlebenshaltung	123,9	3,3
2-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern mit geringem Einkommen		
Gesamtlebenshaltung	122,5	3,2

1) Angaben für die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand vor dem 3. 10. 1990.

Europawahl 1994

Wahlrecht von Unionsbürgerinnen und Unionsbürgern

Mit der Einführung der allgemeinen, unmittelbaren Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments im Jahre 1979 entstand das Problem der Gewährleistung der gemeinschaftsrechtlich garantierten politischen Gleichbehandlung von Unionsbürgern, die in einem Mitgliedstaat der Gemeinschaft leben, dessen Staatsangehörigkeit sie nicht besitzen.

Von dem Grundrecht in einem anderen Mitgliedstaat zu leben machen gegenwärtig rund 5 Millionen Unionsbürgerinnen und -bürger Gebrauch. In der Bundesrepublik wohnen rund 1,3 Millionen nichtdeutsche Unionsbürger, davon über 54 000 Wahlberechtigte in Rheinland-Pfalz. 290 000 Deutsche haben in einem anderen Mitgliedstaat ihren Wohnsitz.

Gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere auf Artikel 8 b Abs. 2, hat der Rat der Europäischen Union im Dezember 1993 auf Vorschlag der Kommission und nach Stellungnahme des Europäischen Parlaments die Richtlinie 93/109/EG des Rates über die Einzelheiten des aktiven und passiven Wahlrechts bei den Wahlen zum Europäischen Parlament für Unionsbürger mit Wohnsitz in einem Mitgliedstaat, dessen Staatsangehörigkeit sie nicht besitzen, erlassen.

Die Richtlinie beinhaltet Grundregeln und Modalitäten der Wahlteilnahme von Unionsbürgern im Wohnsitzmitgliedstaat. Sie bezweckt – unbeschadet des in Artikel 138 Abs. 3 des EG-Vertrages vorgesehenen einheitlichen Wahlverfahrens – noch keine Harmonisierung der nationalen Wahlrechtsvorschriften. Für Unionsbürger sollen nach dem Gleichbehandlungsgrundsatz die gleichen Voraussetzungen für die Wahl wie für die Staatsangehörigen des Wohnsitzmitgliedstaates geschaffen werden. Hierzu ist in den meisten Mitgliedstaaten insbesondere die Beseitigung des Staatsangehörigkeitserfordernisses als Voraussetzung für die aktive und passive Teilnahme an den Wahlen zum Europäischen Parlament notwendig.

Die Richtlinie sieht vor, daß Unionsbürger im Wohnsitzmitgliedstaat von ihrem aktiven Wahlrecht nur auf Antrag Gebrauch machen können. Sie müssen bei der Antragstellung eine förmliche Erklärung abgeben, in der sie Angaben zur Identifizierung ihrer Person machen und erklären, daß sie ihr Wahlrecht nur im Wohnsitzmitgliedstaat ausüben. Der Wohnsitzmitgliedstaat kann vom Antragsteller eine Erklärung verlangen, daß er im

Herkunftsmitgliedstaat nicht vom Wahlrecht ausgeschlossen ist und seit wann er seinen Wohnsitz im Gebiet der Europäischen Gemeinschaft hat.

Auch bei Ausübung des passiven Wahlrechts muß der Unionsbürger eine förmliche Erklärung mit Angaben zur Identifizierung seiner Person sowie zum Ausschluß der Kandidatur im Herkunftsmitgliedstaat vorlegen. Er hat ferner eine Bescheinigung seines Herkunftsmitgliedstaates beizubringen, daß er dort nicht vom Wahlrecht ausgeschlossen ist.

Das aktive und auch das passive Wahlrecht kann nur im Herkunfts- oder im Wohnsitzmitgliedstaat ausgeübt werden. Eine Doppelwahl ist durch den Austausch der notwendigen Informationen zwischen den Mitgliedstaaten auszuschließen.

Bei den Wahlausschlußgründen unterscheidet die Richtlinie zwischen aktivem und passivem Wahlrecht. Während sich der Wohnsitzmitgliedstaat beim aktiven Wahlrecht vom Vorliegen eines Wahlausschlußgrundes durch Rückfrage beim Herkunftsmitgliedstaat überzeugen kann, hat der Unionsbürger, der sich um ein Mandat bewirbt, bei der Einreichung seiner Bewerbungsunterlagen eine Wählbarkeitsbescheinigung seines Herkunftslandes vorzulegen.

Um den Unionsbürgern bei der Wahl zum Europäischen Parlament im Juni 1994 eine Teilnahme im Wohnsitzmitgliedstaat zu ermöglichen, wurden die Mitgliedstaaten ersucht, die Richtlinie sobald wie möglich in nationales Recht umzusetzen.

Die Umsetzung der Regelung der Richtlinie für Angehörige aus den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft mit Wohnung oder sonstigem Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland, die nicht deutsche Staatsangehörige sind, ist im Dritten Gesetz zur Änderung des Europawahlgesetzes vom 8. März 1994 (BGBl. I S. 419) und in der Zweiten Verordnung zur Änderung der Europawahlordnung vom 15. März 1994 (BGBl. I S. 544) erfolgt. Im Europawahlgesetz werden die Staatsangehörigen der übrigen Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft einschränkend zu Artikel 8 Abs. 1 des EG-Vertrages als Unionsbürger definiert.

Die Voraussetzungen des Wahlrechts der Unionsbürger und dessen Ausübung sind in § 6 Abs. 3, 4 und 5

Unionsbürger im Wahlalter in Rheinland-Pfalz 1994

Herkunftsmitgliedstaat	Anzahl
Belgien	1 140
Dänemark	364
Frankreich	8 263
Griechenland	6 860
Großbritannien und Nordirland	3 606
Irland	391
Italien	20 806
Luxemburg	1 270
Niederlande	3 633
Portugal	4 473
Spanien	3 596
EU-Staaten insgesamt	54 402

EuWG im gleichen Umfang, wie sie auch für Deutsche im Europawahlgesetz geregelt sind, normiert.

Wahlberechtigt sind Unionsbürger, die in der Bundesrepublik Deutschland eine Wohnung innehaben oder sich sonst gewöhnlich aufhalten und die am Wahltag das 18. Lebensjahr vollendet haben, seit mindestens drei Monaten in der Bundesrepublik Deutschland oder in den übrigen Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft eine Wohnung innehaben oder sich sonst gewöhnlich aufhalten und nicht nach § 6 a Abs. 2 EuWG vom Wahlrecht ausgeschlossen sind.

Die Voraussetzung der Aufenthaltsdauer im Wahlgebiet ist auch bei einem dreimonatig aufeinanderfolgenden Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland und in den übrigen Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft erfüllt.

Vom Wahlrecht ausgeschlossen ist ein Unionsbürger ebenso wie ein Deutscher, wenn er infolge Richterspruchs das Wahlrecht nicht besitzt oder zur Besorgung aller seiner Angelegenheiten ein Betreuer nicht nur durch einstweilige Anordnung bestellt ist, oder wenn er sich aufgrund einer Anordnung nach § 63 i. V. m. § 20 StGB in einem psychiatrischen Krankenhaus befindet. Er ist ferner vom Wahlrecht ausgeschlossen, wenn er in dem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaft, dessen Staatsangehörigkeit er besitzt, infolge einer zivil- oder strafrechtlichen Einzelfallentscheidung das Wahlrecht zum Europäischen Parlament nicht besitzt.

Auch Wahlberechtigte, die zugleich in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaft zum Europäischen Parlament wahlberechtigt sind, dürfen das Wahlrecht nur einmal und nur persönlich ausüben (§ 6 Abs. 4 EuWG).

Voraussetzung für die Teilnahme an der Wahl ist, daß der Wahlberechtigte in ein Wählerverzeichnis eingetragen ist oder einen Wahlschein hat.

Die Eintragung in das Wählerverzeichnis erfolgt nur auf förmlichen Antrag. Diesen muß der Unionsbürger bis zum 9. Mai 1994 bei der Gemeinde, in der er wohnt oder sich sonst gewöhnlich aufhält, stellen. Antragsformulare sowie Merkblätter in allen Sprachen der Gemeinschaft halten die Wahlämter der Städte und Gemeinden vor.

In seinem Antrag hat der Unionsbürger gegenüber der Gemeindebehörde durch Abgabe einer Versicherung an Eides Statt den Nachweis für seine Wahlberechtigung zu erbringen. Die Erklärung enthält Angaben über seine Staatsangehörigkeit, über seine Anschrift in der Bundesrepublik Deutschland, über die Gebietskörperschaft oder den Wahlkreis des Herkunftsmitgliedstaates, in dessen Wählerverzeichnis er gegebenenfalls zuletzt eingetragen war, daß er im Herkunftsmitgliedstaat nicht vom Wahlrecht ausgeschlossen ist und daß er am Wahltag seit mindestens drei Monaten in der Bundesrepublik Deutschland oder in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaft ununterbrochen eine Wohnung innegehabt oder sich sonst gewöhnlich aufgehalten hat.

Wählbar ist nach § 6 b EuWG ein Unionsbürger, wenn er in der Bundesrepublik Deutschland eine Wohnung innehat oder sich sonst gewöhnlich aufhält und er am Wahltag seit mindestens einem Jahr die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaates der Europäischen Gemeinschaft besitzt und das 18. Lebensjahr vollendet hat.

Nicht wählbar ist nach § 6 b Abs. 4 EuWG ein Unionsbürger, der in der Bundesrepublik Deutschland oder im Herkunftsmitgliedstaat vom Wahlrecht ausgeschlossen ist oder infolge Richterspruchs in der Bundesrepublik Deutschland die Wählbarkeit oder die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter nicht besitzt oder infolge einer zivil- oder strafrechtlichen Einzelfallentscheidung im Herkunftsmitgliedstaat die Wählbarkeit nicht besitzt.

Das Verbot der doppelten Wahlteilnahme gilt auch für das passive Wahlrecht. Niemand kann sich gleichzeitig in der Bundesrepublik Deutschland und in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaft zur Wahl bewerben (§ 6 c EuWG).

Die Anforderungen an den Wahlvorschlag gemäß § 11 Abs. 2 EuWG wurden für Unionsbürger dahingehend erweitert, daß dem Wahlleiter mit dem Wahlvorschlag die Bescheinigungen des Herkunftsmitgliedstaates vorzulegen sind, daß sie dort nicht von der Wählbarkeit ausgeschlossen sind oder daß ein solcher Verlust nicht bekannt ist sowie die Bescheinigungen der zuständigen deutschen Gemeindebehörden, daß sie dort eine Wohnung innehaben oder ihren sonstigen gewöhnlichen Aufenthalt haben und nicht von der Wählbarkeit ausgeschlossen sind, ferner die Versicherungen an Eides Statt über die Staatsangehörigkeit, die Anschrift in der Bundesrepublik Deutschland, die Gebietskörperschaft oder den Wahlkreis des Herkunftsmitgliedstaates, in dem sie zuletzt eingetragen waren, sowie darüber, daß sie sich nicht gleichzeitig in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaft zur Wahl bewerben sowie über die Dauer ihrer Staatsangehörigkeit eines der übrigen Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft.

Mit dem aktiven und dem passiven Wahlrecht erwerben die Unionsbürger, ohne daß es einer ausdrücklichen Regelung bedürfte, auch die Fähigkeit, Wahlorgan zu sein.

Dr. Manfred Unglaub

Die neue Asylbewerberleistungsstatistik

Nach der Konzeption der sozialen Marktwirtschaft ist in der Bundesrepublik Deutschland ein soziales Netz aufgebaut worden, das allgemeine Lebensrisiken absichert, um allen ein angemessenes und menschenwürdiges Leben zu ermöglichen. Zu den wichtigsten Instrumenten zählen die Sozialversicherungen (Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung), weitere soziale Leistungen wie Wohn-, Kinder- oder Familiengeld sowie die Jugend- und die Sozialhilfe.

In den letzten Jahren ist in Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit die Personengruppe der Asylsuchenden von zunehmendem Interesse. Aus den Änderungen des Sozialhilfe- und des Asylrechts resultiert neben der reformierten Sozialhilfestatistik eine neue Erhebung zur Situation der Asylbewerber. § 12 des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) vom 30. Juni 1993 ordnet eine Bundesstatistik, beginnend mit dem 1. Januar 1994, an. Der ursprüngliche Entwurf des Gesetzes zur Neuregelung der Leistungen an Asylbewerber vom 2. März 1993 sah keine Statistik vor. Ein statistischer Nachweis des Personenkreises der Leistungsberechtigten und des Aufwandes wurde erst in den Beratungen des federführenden Bundestagsausschusses für Familien und Senioren angeregt und in die Beschlußempfehlung vom 24. Mai 1993 aufgenommen. Die landesinterne

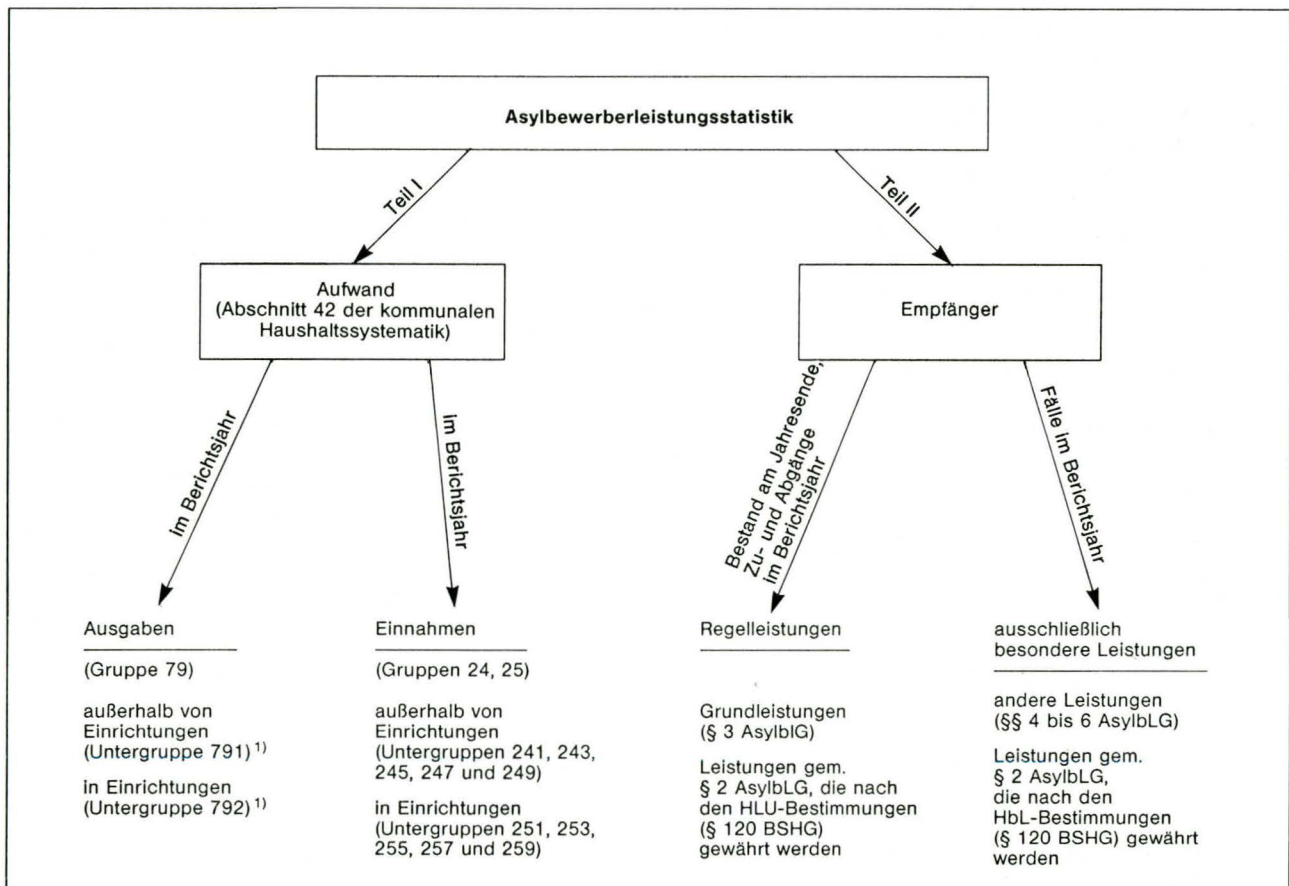
Konkretisierung ist durch das Landesaufnahmegesetz vom 21. Dezember 1993 erfolgt.

Leistungsberechtigt sind nach § 1 AsylbLG Ausländer, die sich tatsächlich im Bundesgebiet aufhalten und eine Aufenthaltsgestattung nach dem Asylverfahrensgesetz besitzen bzw. vollziehbar zur Ausreise verpflichtet sind, ebenso Ehegatten und minderjährige Kinder dieser Ausländer. Nach dem bisherigen Recht erhielt dieser Personenkreis Unterstützungen nach dem Bundessozialhilfegesetz.

Konzept der Asylbewerberleistungsstatistik

Die Statistik besteht aus zwei Teilen. Zum einen enthält sie Angaben über die Empfänger von Leistungen und zum anderen über den Aufwand als Differenz der Ausgaben und Einnahmen. Für diese beiden Teilerhebungen bestehen unterschiedliche Berichtssysteme. Der Aufwand (Teil I) wird jeweils am Ende eines Berichtsjahres erfaßt. Teil II der Asylbewerberleistungsstatistik gliedert sich in die beiden Bereiche Empfänger von Regelleistungen und Bezieher ausschließlich von besonderen Leistungen. Die Erfassung der Regelleistungen beginnt mit einer einmaligen Bestandserhe-

Die Teilerhebungen der Asylbewerberleistungsstatistik



1) Diese Untergruppen sind nicht verbindlich vorgegeben, werden aber als Buchungsgrundlage für eine korrekte Meldung der Ausgaben vorgeschlagen.

bung zum Stichtag 1. Januar 1994. Dem schließen sich vierteljährliche Meldungen über Zu- und Abgänge an, so daß der Anfangsbestand fortgeschrieben werden kann. Am Jahresende erfolgt eine Bestandserhebung, die als Fortschreibungsbasis für das Folgejahr dient. Die Empfänger ausschließlich besonderer Leistungen werden jeweils nach Ablauf des Berichtsjahres gemeldet.

Auskunftspflicht weitgehend analog zur Sozialhilfe-statistik

§ 12 Abs. 5 AsylbLG legt fest, daß eine Auskunftspflicht besteht. Diese gilt für die zur Durchführung des Gesetzes zuständigen Stellen, die im § 12 des Landes-aufnahmegesetzes konkretisiert wurden. Hierzu zählen als überörtliche Träger die Aufnahmeeinrichtungen im Sinne des § 44 Abs. 1 Asylverfahrensgesetz und die Einrichtungen, in denen Abschiebungshaft nach § 57 Ausländergesetz vollzogen wird, soweit in diesen Einrichtungen Leistungsberechtigte untergebracht sind. Die örtlichen Träger umfassen die Kreisverwaltungen und die Stadtverwaltungen der kreisfreien Städte. Dabei können Aufgaben auf große kreisangehörige Städte, verbandsfreie Gemeinden und Verbandsgemeinden übertragen werden.

Für die Auskunftserteilung stehen Fragebögen zur Verfügung, die teilweise als Durchschreibesatz konzipiert sind. Eine Meldung zur Statistik mittels Datenträger ist ebenfalls möglich und wird weiterhin unterstützt. Einige Programmanbieter haben die Datensatzformate bereits eingerichtet, so daß eine Verarbeitung möglich ist.

Hilfearten

Das Asylbewerberleistungsgesetz unterscheidet Regelleistungen und andere Leistungen. Im Teil I der Asylbewerberleistungsstatistik werden die Ausgabepositionen entsprechend der Art der Hilfe differenziert. Die beiden Erhebungen zu den Empfängern von Leistungen (Teil II) basieren auf der Gliederung der Hilfearten.

Die Regelleistungen umfassen Grundleistungen nach § 3 AsylbLG und Leistungen gemäß § 2 AsylbLG, die analog der laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Bundessozialhilfegesetz gewährt werden. Die Grundleistungen sollen den Lebensunterhalt der Leistungsberechtigten sichern. Der Bedarf an Ernährung, Unterkunft, Heizung, Kleidung sowie Gesundheits- und Körperpflege wird durch Sachleistungen gedeckt. Zur Versorgung mit Kleidung ist die Ausgabe von Wertgutscheinen möglich. Gebrauchsgüter des Haushalts können leihweise zur Verfügung gestellt werden. Unter besonderen Umständen können anstelle von Sachleistungen und Wertgutscheinen auch Geldleistungen erbracht werden. Zur Deckung der persönlichen Bedürfnisse des täglichen Lebens erhalten die Leistungsempfänger monatlich ein Taschengeld.

Besteht ein Anspruch auf Grundleistungen nach § 3 AsylbLG über zwölf Monate hinaus, so wird § 2 AsylbLG wirksam, damit diese Bedürftigen im Vergleich zu aus-

ländischen Sozialhilfeempfängern nicht schlechter gestellt werden. In Verbindung mit § 120 des Bundessozialhilfegesetzes werden die Leistungen entsprechend den Sozialhilferichtlinien berechnet, auch wenn der Hilfesuchende noch ein Asylbewerber ist. Zur Unterstützung für den täglichen Bedarf wird die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt gewährt.

Die besonderen Leistungen beinhalten die sogenannten anderen Leistungen gemäß §§ 4 bis 6 AsylbLG und die Unterstützungen gemäß § 2 AsylbLG, die analog der Hilfe in besonderen Lebenslagen nach dem Bundessozialhilfegesetz als Sachleistungen, Wertgutscheine oder Geldleistungen gewährt werden. Zu den anderen Leistungen zählen diejenigen bei Krankheit, Schwangerschaft und Geburt (§ 4 AsylbLG), die Bereitstellung von Arbeitsgelegenheiten in Aufnahme- und vergleichbaren Einrichtungen sowie bei staatlichen, kommunalen oder gemeinnützigen Trägern (§ 5 AsylbLG) und sonstige Leistungen (§ 6 AsylbLG), die unter anderem die besonderen Bedürfnisse von Kindern berücksichtigen.

Besteht ein Anspruch länger als ein Jahr, wird den Berechtigten gemäß § 2 AsylbLG anstelle der vorgeannten anderen Leistungen in Verbindung mit § 120 des Bundessozialhilfegesetzes Hilfe in besonderen Lebenslagen gewährt. Diese umfaßt beispielsweise die Krankenhilfe, die Hilfe zur Pflege und die Unterstützung für werdende Mütter und Wöchnerinnen.

Erfassen des Aufwands

Der Saldo aus Ausgaben und Einnahmen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz gilt als Aufwand. Die Ausgaben werden nach den genannten Hilfearten und in der Gliederung nach Leistungen in bzw. außerhalb von Einrichtungen erfaßt. Wird Asylbewerber mit Sach- und Geldleistungen sowie mit weiteren Leistungen geholfen, so stellen diese einen Aufwand außerhalb von Einrichtungen dar. Hingegen liegt bei ausschließlichen Sachleistungen ein Aufwand in Einrichtungen vor.

Um eine hohe Qualität dieser Teilerhebung zu erreichen, wird die Aufnahme entsprechender Positionen in die kommunale Haushaltssystematik angestrebt, so daß die Ausgaben und Einnahmen dann unmittelbar der Haushaltsrechnung entnommen werden können. Dies führt bei den Berichtsstellen zu Erleichterungen, da das Arbeiten mit Einzelbelegen weitgehend entfällt.

Der Aufwand ist im Gliederungsplan der kommunalen Haushaltssystematik im Abschnitt 42 enthalten. Für die Ausgaben ist die Gruppe 79 einzurichten. Um eine korrekte Buchung der Ausgaben differenziert nach Leistungen in Einrichtungen und außerhalb von Einrichtungen sicherzustellen, empfiehlt sich die Bildung der Untergruppen 791 und 792. Einnahmen sind nach dem Asylbewerberleistungsgesetz Kostenbeiträge und Aufwendungsersatz, Rückzahlungen gewährter Hilfen sowie Leistungen Dritter. Die Beträge dieser Einnahmen sollen der kommunalen Haushaltsrechnung (Gruppen 24 und 25) entnommen werden. Für die Gliederung nach Einnahmen in bzw. außerhalb von Einrichtungen sind entsprechende Untergruppen vorgegeben.

Erhebungsmerkmale der Empfänger

Für die Ermittlung der Leistungsberechtigung wird die Haushaltsgemeinschaft zugrundegelegt. Mit einem Zählblatt können bis zu vier Personen statistisch erfaßt werden. Von zentraler Bedeutung sind Art und Form der Leistung sowie Merkmale der Hilfeempfänger. Dabei werden neben dem aufenthaltsrechtlichen Status und dem Erwerbsstatus die Staatsangehörigkeit, das Geburtsdatum, das Geschlecht sowie die Stellung zum Haushaltsvorstand erfragt.

Erhebungsvordrucke

Für die Erfassung der Bezieher von Regelleistungen sind vier Erhebungsvordrucke zu verwenden. Diese haben auf der Vorderseite den gleichen Aufbau. Die neue Asylbewerberleistungsstatistik beginnt mit dem Bogen 1.4 „Empfänger am 1. Januar 1994“, der zur einmaligen Meldung des Anfangsbestandes dient. Für die Zugänge während des Berichtsjahres ist Zählblatt 1.1 „Beginn der Leistungsgewährung“ und für Angaben über den Bestand am Jahresende ist Bogen 1.3 „Empfänger am 31. Dezember“ zu verwenden. Die jeweiligen Abgänge sind mit dem Erhebungsvordruck 1.2 „Ende der Leistungsgewährung“ zu erfassen, wobei dieser jeweils als Durchschreibebblatt dem Bestands- und Zugangsbogen angefügt ist. Dies erleichtert das Ausfüllen, weil die Daten (insbesondere die Kenn-Nummer) eines Bestandsfalles oder eines Neuzugangs auf der Vorderseite durchgeschrieben werden. Der Abgangsbogen verbleibt bis zum Ende der Unterstützung in der Verwaltungsakte. Dann ist lediglich die Rückseite auszufüllen, auf der erfragt wird, wann und warum die Hilfe eingestellt wurde.

In Abhängigkeit von der Dauer der Bearbeitung einer Bewerbung um Asyl ist eine Besonderheit zu beachten. Dauert die Bewerbung länger als zwölf Monate, werden

die Leistungen gemäß §§ 3 bis 6 AsylbLG eingestellt. Der Hilfeberechtigte erhält weitere Unterstützungen nach § 2 AsylbLG in Verbindung mit § 120 Bundessozialhilfegesetz. In diesem Fall ist zunächst ein Abgang und bei Weitergewährung von Unterstützungen ein entsprechender Zugang zu melden.

Ferner ist bei Fortbestehen einer Leistung über den Jahreswechsel zwischen dem Beginn und Ende der Hilfestellung eine Bestandsmeldung zum Jahresende erforderlich. Dabei wird aufgrund des Durchschreibeverfahrens ein neuer Abgangsbogen angelegt. Der bisher in der Akte befindliche ist zu vernichten und durch das neue Exemplar mit den aktualisierten Angaben zu ersetzen. Die bereits vergebene fallspezifische Kennnummer wird beibehalten.

Die Meldung der Empfänger von ausschließlich besonderen Leistungen erfolgt ohne Zu- und Abgangsbogen. Für die jährliche Totalerhebung dieser Personen ist Bogen 2 konzipiert worden.

Darstellung der Ergebnisse

Das Datenmaterial wird im Statistischen Landesamt aufbereitet. Es werden Ergebnistabellen in Form eines Statistischen Berichts veröffentlicht. Das Tabellenprogramm beinhaltet vor allem den Haushaltstyp, die Dauer der Leistungsgewährung und regionalisierte Ergebnisse. Von besonderer Bedeutung ist ferner der Nachweis der Staatsangehörigkeit, des Alters, des Geschlechts und der Hilfeart.

Mit dieser Bundesstatistik liegen erstmals ausführliche Daten zu dem Personenkreis der Asylbewerber vor, die unter anderem zur Weiterentwicklung der rechtlichen Grundlagen dienen.

Diplom-Volkswirt Harald Streuf

Beherbergungskapazität im Fremdenverkehr am 1. Januar 1993

Der Tourismus und die damit verbundenen wirtschaftlichen Aktivitäten haben in den letzten drei Jahrzehnten aufgrund real gestiegener Löhne und Gehälter einerseits sowie vermehrter Freizeit andererseits einen lebhaften Aufschwung genommen. Das wachsende Interesse an Informationen über den Tourismus entspricht der zunehmenden Bedeutung dieses Wirtschaftsbereiches. Die amtliche Fremdenverkehrs- und Beherbergungsstatistik stellt zu dieser Thematik vielfältige Informationen zur Verfügung und ist damit eine wichtige Grundlage wirtschaftlicher und politischer Entscheidungen. Im Ferienland Rheinland-Pfalz spielt der Fremdenverkehr eine große Rolle.

Die Ferienregionen Rheintal, Rheinhessen, Eifel/Ahr, Mosel/Saar, Hunsrück/Nahe/Glan, Westerwald/Lahn/Taunus und Pfalz wurden 1970 von 3,6 Mill. Gästen besucht (12,7 Mill. Übernachtungen), 1980 bereits von

5 Mill. Gästen mit 18,8 Mill. Übernachtungen. 1993 wurden in rheinland-pfälzischen Beherbergungsstätten 6 Mill. Gäste begrüßt, die 20,8 millionenmal mal übernachteten. Die Nachfrage der Touristen nach Beherbergungsleistungen entwickelte sich regional, saisonal und auch nach Art und Qualität der gewünschten Unterkunft in den letzten Jahren unterschiedlich. Die veränderte Nachfragestruktur löste Anpassungsprozesse im Angebot aus.

Kapazitätserhebung alle sechs Jahre

Neben der monatlichen Beherbergungsstatistik, bei der in Rheinland-Pfalz neben den größeren Betrieben auch Privatquartiere und gewerbliche Kleinbetriebe erfaßt werden, erfolgt alle sechs Jahre eine umfassende statistische Erhebung zur Beherbergungskapazität der Fremdenverkehrsbetriebe, zuletzt zum 1. Januar 1993.

Gäste und Übernachtungen 1993¹⁾ nach Fremdenverkehrsgebieten, Betriebsarten und Gemeindegruppen

Fremdenverkehrsgebiet Betriebsart Gemeindegruppe	Gäste		Übernachtungen	
	insgesamt	Veränderung gegenüber dem Vorjahr	insgesamt	Veränderung gegenüber dem Vorjahr
	Anzahl	%	Anzahl	%
Insgesamt	5 970 471	- 5,3	20 833 200	- 5,0
Rheintal	771 418	- 7,5	2 145 086	- 6,1
Rheinhausen	499 022	- 4,7	931 598	- 9,1
Eifel / Ahr	1 066 721	- 5,0	4 646 139	- 4,9
Mosel / Saar	1 406 944	- 1,3	4 850 503	- 3,9
Hunsrück / Nahe / Glan	513 042	- 6,3	2 584 763	- 6,3
Westerwald / Lahn / Taunus	529 114	- 9,4	1 981 802	- 6,5
Pfalz	1 184 210	- 6,5	3 693 309	- 3,4
Hotels	2 774 102	- 7,2	6 261 095	- 7,8
Hotels garnis	395 538	- 12,2	890 738	- 10,3
Gasthäuser	351 458	- 13,4	985 211	- 13,5
Pensionen und Fremdenheime	231 581	- 3,3	937 330	- 8,9
Erholungs- und Ferienheime	348 088	- 9,1	1 484 785	- 5,6
Heilstätten, Sanatorien, Kuranstalten	105 455	- 6,8	2 768 619	0,7
Ferienzentren	362 397	6,5	2 025 765	- 4,5
Ferienhäuser	140 787	2,0	779 077	- 0,7
Jugendherbergen	393 899	- 3,1	963 383	- 3,4
Privatquartiere ²⁾	867 166	3,2	3 737 197	- 0,6
Heilbäder	907 612	- 7,0	5 015 112	- 2,7
Luftkurorte	560 093	- 6,8	2 311 865	- 6,3
Erholungsorte	961 132	0,6	4 028 714	- 2,6
Fremdenverkehrsorte	2 834 910	- 6,4	7 883 034	- 6,5
Sonstige Gemeinden	706 724	- 4,8	1 594 475	- 8,8

1) Ohne Campingplätze. – 2) Einschließlich gewerbliche Betriebe mit weniger als neun Betten.

Dabei wurde das quantitative und qualitative Beherbergungsangebot in Beherbergungsstätten mit neun und mehr Gästebetten sowie auf Campingplätzen untersucht.

Rechtsgrundlagen

Rechtsgrundlagen sind das Gesetz über die Statistik der Beherbergung im Reiseverkehr (Beherbergungsstatistikgesetz – BeherbStatG) vom 14. Juli 1980 (BGBl. I S. 953) in Verbindung mit dem Gesetz über die Statistik

für Bundeszwecke (Bundesstatistikgesetz – BStatG) vom 22. Januar 1987 (BGBl. I S. 462, 565), geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 17. Dezember 1990 (BGBl. I S. 2837). Erhoben werden die Tatbestände zu § 3 BeherbStatG. Die Auskunftspflicht ergibt sich aus § 6 BeherbStatG in Verbindung mit §§ 15, 26 Abs. 4 Satz 1 BStatG. Hiernach sind die Inhaber oder Leiter der Beherbergungsstätten auskunftspflichtig. Gemäß § 5 BeherbStatG sind Beherbergungsstätten Betriebe, die nach Einrichtung und Zweckbestimmung dazu dienen, mehr als acht Gäste gleichzeitig vorübergehend zu beherbergen.

Die erhobenen Einzelangaben werden nach § 16 BStatG grundsätzlich geheimgehalten. Nur in ausdrücklich gesetzlich geregelten Ausnahmefällen dürfen Einzelangaben übermittelt werden. Eine Übermittlung der erhobenen Angaben ist nach § 7 BeherbStatG in Verbindung mit § 16 Abs. 4, § 26 Abs. 3 BStatG an die für Wirtschaft zuständigen obersten Bundes- und Landesbehörden in Form von Tabellen mit statistischen Ergebnissen zulässig, auch wenn Tabellenfelder nur einen einzigen Fall ausweisen, sofern die Übermittlung zur Vollständigkeit der Entscheidungsgrundlagen der Tourismuspolitik erforderlich ist. Eine Übermittlung von Einzelangaben mit Name und Anschrift ist ausgeschlossen. Nach § 16 Abs. 6 BStatG ist es auch möglich, den Hochschulen oder sonstigen Einrichtungen mit der Aufgabe unabhängiger wissenschaftlicher Forschung für wissenschaftliche Vorhaben Einzelangaben dann zur Verfügung zu stellen, wenn diese so anonymisiert sind, daß sie nur mit einem unverhältnismäßig großen Aufwand an Zeit, Kosten und Arbeitskraft dem Befragten oder Betroffenen wieder zugeordnet werden können. Die Pflicht zur Geheimhaltung besteht auch für Personen, die Empfänger von Einzelangaben sind.

Was ist Beherbergung im Reiseverkehr ?

Unter Beherbergung im Reiseverkehr versteht man die Unterbringung von Personen, die sich vorübergehend an einem anderen Ort als ihrem gewöhnlichen Wohnsitz aufhalten (Reisende). Ein Aufenthalt gilt – in Anlehnung an die melderechtlichen Vorschriften (§ 16 Abs. 1 Melderechtsrahmengesetz vom 18. August 1980 (BGBl. I S. 1429 ff.)) – dann als „vorübergehend“, wenn er die Dauer von zwei Monaten nicht überschreitet. Der

Betriebe, Gästezimmer und Wohneinheiten am 1. Januar 1993¹⁾ nach Betriebsgrößenklassen

Betriebe mit ... Betten	Betriebe	Gästezimmer				Wohneinheiten			
		insgesamt	mit ... Betten			insgesamt	mit ... Betten / Schlafgelegenheiten		
			1	2	3 und mehr		1 - 2	3 - 4	5 und mehr
9 – 11	546	2 834	655	2 072	107	93	38	29	26
12 – 14	524	3 343	653	2 558	132	160	55	80	25
15 – 19	657	5 629	1 276	4 087	266	184	49	93	42
20 – 29	806	9 513	2 113	6 904	496	467	162	223	82
30 – 99	1 039	24 505	6 325	16 717	1 463	1 585	445	668	472
100 – 249	210	14 889	7 180	6 945	764	1 597	462	455	680
250 – 499	30	3 113	596	2 203	314	829	75	408	346
500 – 999	8	1 315	235	1 046	34	995	410	285	300
1 000 und mehr	5	24	1	20	3	1 342	11	466	865
Insgesamt	3 825	65 165	19 034	42 552	3 579	7 252	1 707	2 707	2 838

1) Ohne Kleinbetriebe und Privatquartiere.

vorübergehende Ortswechsel kann durch Urlaub und Freizeit, aber auch durch die Wahrnehmung privater und geschäftlicher Kontakte, den Besuch von Tagungen und Fortbildungsveranstaltungen, Maßnahmen zur Wiederherstellung der Gesundheit oder sonstige Gründe veranlaßt sein.

Eine Beherbergungseinheit ist eine selbständig vermietbare räumliche Einheit mit Schlafgelegenheit zur vorübergehenden Beherbergung von Gästen. Bei variabler Unterteilung größerer Einheiten in abschließbare kleinere räumliche Einheiten ist die im Vorjahr vorherrschende Aufteilung zugrunde zu legen. Beherbergungseinheiten mit herkömmlichen (Hotel-) Dienstleistungen werden als Gästezimmer, Beherbergungseinheiten ohne solche Dienstleistungen als Wohneinheiten bezeichnet.

Bei Gästezimmern kann es sich um Ein-, Zwei- oder Mehrbettzimmer oder um mehrere Räume umfassende Einheiten mit Vor- oder Aufenthaltsräumen handeln. Wird der Mindeststandard nicht erreicht, so sind die betreffenden Räume den Wohneinheiten zuzuordnen. Die hier als herkömmlich bezeichneten (Hotel-) Dienstleistungen umfassen folgenden Mindeststandard: tägliches Reinigen, Aufräumen, Lüften, Bettenmachen und häufiges Wechseln der (betriebseigenen) Bett- und Sanitärwäsche (z. B. Hand- und Badetücher). Zu den Wohneinheiten (Beherbergungseinheiten, die den Mindeststandard der (Hotel-) Dienstleistungen nicht erreichen) gehören Ferienhäuser, -wohnungen, Chalets, Studios, zur kurzfristigen Vermietung an Touristen bestimmte Wohnwagen, Zelte in Zeltlagern und dergleichen sowie Schlafsäle in Jugendherbergen, Hütten oder vergleichbare Einrichtungen.

Beherbergungskapazität in den Fremdenverkehrsgebieten am 1. Januar 1981, 1987 und 1993¹⁾

Fremdenverkehrsgebiet	Betriebe mit neun und mehr Fremdenbetten							Kleinbetriebe und Privat- quartiere
	Betriebe	insgesamt		Gästzimmer		Wohneinheiten		
		Zimmer	Betten	Zimmer	Betten	Zimmer	Betten	
1. Januar 1981								
Rheintal	545	9 556	17 894	9 133	16 503	423	1 391	2 876
Rheinhausen	156	3 633	6 235	3 521	5 666	112	569	338
Eifel / Ahr	866	13 572	28 749	11 470	19 787	2 102	8 962	8 093
Mosel / Saar	821	12 623	25 109	11 788	20 689	835	4 420	15 041
Hunsrück / Nahe / Glan	522	8 189	16 268	7 428	12 427	761	3 841	3 274
Westerwald / Lahn / Taunus	587	8 882	16 144	8 428	14 379	454	1 765	3 136
Pfalz	636	10 648	21 200	9 614	16 613	1 034	4 587	5 888
Insgesamt	4 133	67 103	131 599	61 382	106 064	5 721	25 535	38 646
1. Januar 1987								
Rheintal	526	10 045	19 237	9 484	17 239	561	1 998	2 522
Rheinhausen	155	4 078	7 363	3 977	6 823	101	540	217
Eifel / Ahr	842	13 977	31 005	11 877	21 164	2 100	9 841	7 800
Mosel / Saar	864	14 260	28 847	13 194	23 794	1 066	5 053	15 737
Hunsrück / Nahe / Glan	525	8 656	17 816	7 708	13 283	948	4 533	3 003
Westerwald / Lahn / Taunus	503	8 854	16 742	8 209	13 823	645	2 919	2 534
Pfalz	728	12 531	24 920	10 937	19 087	1 594	5 833	6 631
Insgesamt	4 143	72 401	145 930	65 386	115 213	7 015	30 717	38 444
1. Januar 1993								
Rheintal	454	9 627	18 396	9 152	16 646	475	1 750	1 983
Rheinhausen	152	4 483	8 139	4 415	7 804	68	335	162
Eifel / Ahr	749	13 807	31 143	11 513	20 416	2 294	10 727	6 963
Mosel / Saar	860	14 891	30 717	13 814	25 381	1 077	5 336	16 353
Hunsrück / Nahe / Glan	449	8 833	18 628	7 238	12 226	1 595	6 402	2 711
Westerwald / Lahn / Taunus	429	7 995	15 427	7 455	12 885	540	2 542	1 868
Pfalz	732	12 781	25 415	11 578	20 800	1 203	4 615	6 268
Insgesamt	3 825	72 417	147 865	65 165	116 158	7 252	31 707	36 308
Veränderung 1993 gegenüber 1987								
Rheintal	- 13,7	- 4,2	- 4,4	- 3,5	- 3,4	- 15,3	- 12,4	- 21,4
Rheinhausen	- 1,9	9,9	10,5	11,0	14,4	- 32,7	- 38,0	- 25,3
Eifel / Ahr	- 11,1	- 1,2	0,5	- 3,1	- 3,5	9,2	9,0	- 10,7
Mosel / Saar	- 0,5	4,4	6,5	4,7	6,7	1,0	5,6	3,9
Hunsrück / Nahe / Glan	- 14,5	2,1	4,6	- 6,1	- 8,0	68,2	41,2	- 9,7
Westerwald / Lahn / Taunus	- 14,7	- 9,7	- 7,9	- 9,2	- 6,8	- 16,3	- 12,9	- 26,3
Pfalz	0,5	2,0	2,0	5,9	9,0	- 24,5	- 20,9	- 5,5
Insgesamt	- 7,7	0,0	1,3	- 0,3	0,8	3,4	3,2	- 5,6

1) Ohne Kleinbetriebe und Privatquartiere.

Gästezimmer und Wohneinheiten nach Betriebsarten und Durchschnittspreisklassen¹⁾

Betriebsart – Durchschnittspreisklasse in DM	Gästezimmer						Wohneinheiten			
	ins- gesamt	davon					ins- gesamt	davon mit ... Räumen		
		mit Bad oder Dusche		nur mit fließendem Warmwasser		sonstige Gäste- zimmer		1	2	3 und mehr
		mit WC	ohne WC	mit WC	ohne WC					
I n s g e s a m t	65 165	52 462	3 002	1 477	7 856	368	7 252	2 644	1 190	3 418
Hotels	34 151	29 937	1 369	487	2 331	27	62	22	11	29
Hotels garnis	5 055	3 992	341	110	607	5	29	10	5	14
Gasthöfe	8 466	5 357	803	395	1 863	48	25	6	6	13
Pensionen	5 746	4 168	383	152	1 007	36	45	4	29	12
Erholungs-, Ferienheime	4 340	2 494	29	140	1 508	169	1 239	769	67	403
Jugendherbergen	407	173	61	8	137	28	1 278	1 237	23	18
Sanatorien, Kuranstalten	6 887	6 229	16	184	403	55	25	25	–	–
Ferienzentren	69	69	–	–	–	–	2 428	110	236	2 082
Ferienhäuser, -wohnungen	44	43	–	1	–	–	2 121	461	813	847
unter 30	2 630	582	170	199	1 570	109	543	521	22	–
30 – 40	3 357	1 243	400	308	1 344	62	242	190	38	14
40 – 60	11 213	7 218	911	602	2 397	85	957	437	254	266
60 – 80	12 118	9 254	881	293	1 615	75	1 893	671	413	809
80 – 150	24 622	23 012	601	74	903	32	2 416	719	302	1 395
150 und mehr	11 225	11 153	39	1	27	5	1 201	106	161	934

1) Ohne Kleinbetriebe und Privatquartiere.

Campingplätze im Sinne der Befragung sind abgegrenzte Gelände, auf denen mitgebrachte Zelte, Wohnwagen und dergleichen aufgestellt werden können und deren Betrieb der Genehmigungspflicht nach Landesrecht (Campingplatz- bzw. Zeltplatzverordnung) unterliegt. Hierzu zählen auch von Vereinen und anderen Organisationen betriebene Campingplätze.

Beherbergungskapazität auf hohem Niveau

Das Qualitätsangebot rheinland-pfälzischer Fremdenverkehrsbetriebe zeigt sich in den Ergebnissen der Kapazitätserhebung. Am 1. Januar 1993 boten 3 825 Betriebe insgesamt 147 865 Betten in 72 417 Gästezimmern und Wohneinheiten an. Die Zahl der nachgewiesenen Betriebe ging zwar gegenüber der vorangegangenen Kapazitätserhebung von 1987 um 7,7 % zurück, jedoch wurden 1993 bei einer stabilen Zahl selbständig vermietbarer Beherbergungseinheiten um 1,3 % mehr Betten angeboten als noch 1987. Mit Bad oder Dusche und WC sind mittlerweile 81 % der Gästezimmer (1987: 65 %) ausgestattet. Unter den Wohneinheiten verfügen 47 % über drei und mehr Räume.

Die Betriebe mit 100 und mehr Betten (6,6 % der Betriebe) vereinigten 24 104 Zimmer und Wohneinheiten (33 %) auf sich. Die Betriebe mit 9 bis 29 Betten (66 % der Betriebe) hatten insgesamt 22 223 Zimmer und Wohneinheiten (31 %). 17 % (1987: 4,1 %) der Gästezimmer und 17 % (1987: 3,5 %) der Wohneinheiten wurden pro Übernachtung für 150 und mehr DM angeboten.

Unter 30 DM pro Übernachtung lagen 4 % (1987: 14 %) der Gästezimmer und 7,5 % (1987: 14 %) der Wohneinheiten.

Von 248 nachgewiesenen Campingplätzen befanden sich 1993 die meisten in den Landkreisen Bitburg-Prüm (27), Neuwied (23), im Rhein-Lahn-Kreis (21), Trier-Saarburg (20), Cochem-Zell (19), Ahrweiler (18) und im Westerwaldkreis (17). Nur einer von vier Campingplätzen bot weniger als 75 % der Belegungsfläche für das Reiseverkehrscamping an. 90 % der Campingplätze boten Ver- oder Entsorgungseinrichtungen (z. B. Einzelhandelsgeschäfte, Kiosk, Restaurationsbetrieb, Waschmaschinen, Entsorgungseinrichtung für chemische Toiletten) an. Mit Sport- und Freizeiteinrichtungen, wie etwa Kinderspielflächen, Hallen-/Freibäder, Minigolfanlagen oder Tennisplätze, waren gut zwei Drittel der Plätze ausgestattet.

Erste gesamtdeutsche Kapazitätserhebung im Beherbergungsgewerbe

Aus der Kapazitätserhebung im Beherbergungsgewerbe zum Stichtag 1. Januar 1993 liegen erstmalig gesamtdeutsche Daten über Größe, Qualität und Struktur des Angebots in diesem Wirtschaftsbereich vor. Hiernach gab es Anfang 1993 in Deutschland 49 902 Beherbergungsbetriebe mit einer Kapazität von neun oder mehr Betten. Auf die neuen Bundesländer entfielen davon 4 069 (8,2 %) der Beherbergungsbetriebe und auf das frühere Bundesgebiet 45 833 (92 %). Diese Betriebe verfügten über eine Übernachtungskapazität

von 2,073 Mill. Betten. Der Anteil der neuen Bundesländer betrug dabei 0,235 Mill. (11 %), der des früheren Bundesgebietes 1,838 Mill. (89 %).

Von den in der Erhebung erfaßten Gästezimmern waren im früheren Bundesgebiet 82 % mit Bad/Dusche und WC ausgestattet und weitere 3,6 % zumindest mit Bad oder Dusche (ohne WC). In den neuen Bundesländern lagen die entsprechenden Anteile bei 67 % (Bad/Dusche und WC) bzw. 1,7 % (nur Bad oder Dusche). Der Anteil von Gästezimmern, die in der oberen Preisklasse von 150 und mehr DM angeboten wurden, lag aber dennoch in den neuen Bundesländern mit 46 % deutlich höher als im früheren Bundesgebiet (28 %).

Ein Vergleich zur Vorerhebung zum Stichtag 1. Januar 1987 ist nur für das frühere Bundesgebiet möglich. Hier sank die Anzahl der Betriebe von 47 396 (1987) auf 45 833 (1993) um 3,3 %. Die qualitative Ausstattung hat sich aber verbessert. Zum Beispiel hat sich der Anteil der Gästezimmer mit Bad oder Dusche von 73 % auf 86 % erhöht. Auch der Anteil der Betriebe mit Sport- oder Freizeiteinrichtungen ist von 26 % auf 29 % gestiegen.

Seit 1981 kamen in den rheinland-pfälzischen Ferienregionen 16 266 Fremdenbetten hinzu

Zum Jahresbeginn 1981 wurden im Ferienland Rheinland-Pfalz 131 599 Betten nachgewiesen, von denen 106 064 in Gästezimmern und 25 535 in Wohneinheiten standen. Von den 147 865 nachgewiesenen Betten wurden Anfang 1993 116 158 (+ 9,5 % gegen-

über 1981) in Gästezimmern und 31 707 (+ 24 %) in Wohneinheiten angeboten. Die meisten Betten werden nach wie vor im Fremdenverkehrsgebiet Eifel/Ahr (31 143) angeboten, dicht gefolgt von Mosel/Saar (30 717). Danach kommen Pfalz (25 415), Hunsrück/Nahe/Glan (18 628), Rheintal (18 396), Westerwald/Lahn/Taunus (15 427) und Rheinhessen (8 139). In den Regionen Rheinhessen (+ 10,5 %), Mosel/Saar (+ 6,5 %) und Hunsrück/Nahe/Glan (+ 4,6 %) wurde die Bettenkapazität seit 1987 am stärksten ausgeweitet, während die Zahl der Betten in Westerwald/Lahn/Taunus (- 7,9 %) und im Rheintal (- 4,4 %) rückläufig war. In den erfaßten Kleinbetrieben und Privatquartieren des Landes, die lediglich in der monatlichen Beherbergungsstatistik dargestellt werden, standen Anfang 1993 insgesamt 36 308 Betten (- 5,6 % gegenüber 1987) zur Verfügung.

Beherbergungskapazität nach Verwaltungsbezirken

Im Regierungsbezirk Koblenz ging die Zahl der Betriebe seit 1987 um 11 % auf 1 913 zurück. Deren Bettenangebot sank um 1,3 % auf 70 812. Deutlich weniger Betriebe wurden in den Landkreisen Neuwied (- 22 %), Birkenfeld (- 17 %), Rhein-Hunsrück-Kreis und Altenkirchen (jeweils - 15 %) registriert. Sehr viel weniger Betten werden in den Landkreisen Neuwied (- 21 %) und Birkenfeld (- 11 %) angeboten. Hingegen wurden in den Landkreisen Bad Kreuznach (+ 21 %) und Cochem-Zell (+ 5,9 %) mehr Fremdenbetten angeboten. Im Regierungsbezirk Koblenz befinden sich 50 % aller rheinland-pfälzischen Betriebe mit 48 % der Betten.

Betten in Gästezimmern und Wohneinheiten nach Betriebsarten und Durchschnittspreisklassen¹⁾

Betriebsart – Durchschnittspreisklasse in DM	Betten in Gästezimmern						Betten in Wohneinheiten			
	ins- gesamt	davon					ins- gesamt	davon mit ... Räumen		
		mit Bad oder Dusche		nur mit fließendem Warmwasser		sonstige Gäste- zimmer		1	2	3 und mehr
		mit WC	ohne WC	mit WC	ohne WC					
I n s g e s a m t	116 158	93 704	5 345	2 405	13 669	1 035	31 707	10 969	4 095	16 643
Hotels	63 298	56 100	2 366	825	3 942	65	179	44	42	93
Hotels garnis	8 932	7 249	564	157	952	10	71	16	12	43
Gasthöfe	15 820	10 295	1 469	693	3 284	79	88	14	22	52
Pensionen	10 692	7 884	727	258	1 727	96	174	8	112	54
Erholungs-, Ferienheime	7 343	3 789	44	183	2 780	547	4 170	2 915	245	1 010
Jugendherbergen	931	400	156	14	298	63	6 689	6 456	127	106
Sanatorien, Kuranstalten	8 884	7 731	19	273	686	175	85	85	–	–
Ferienzentren	161	161	–	–	–	–	12 533	220	884	11 429
Ferienhäuser, -wohnungen	97	95	–	2	–	–	7 718	1 211	2 651	3 856
unter 30	3 099	662	183	217	1 850	187	1 245	1 191	54	–
30 – 40	4 335	1 414	503	428	1 855	135	681	545	85	51
40 – 60	17 195	10 002	1 515	1 059	4 418	201	3 584	1 383	796	1 405
60 – 80	21 898	15 988	1 748	554	3 341	267	6 961	3 129	1 325	2 507
80 – 150	47 426	43 649	1 312	145	2 119	201	11 919	3 708	1 176	7 035
150 und mehr	22 205	21 989	84	2	86	44	7 317	1 013	659	5 645

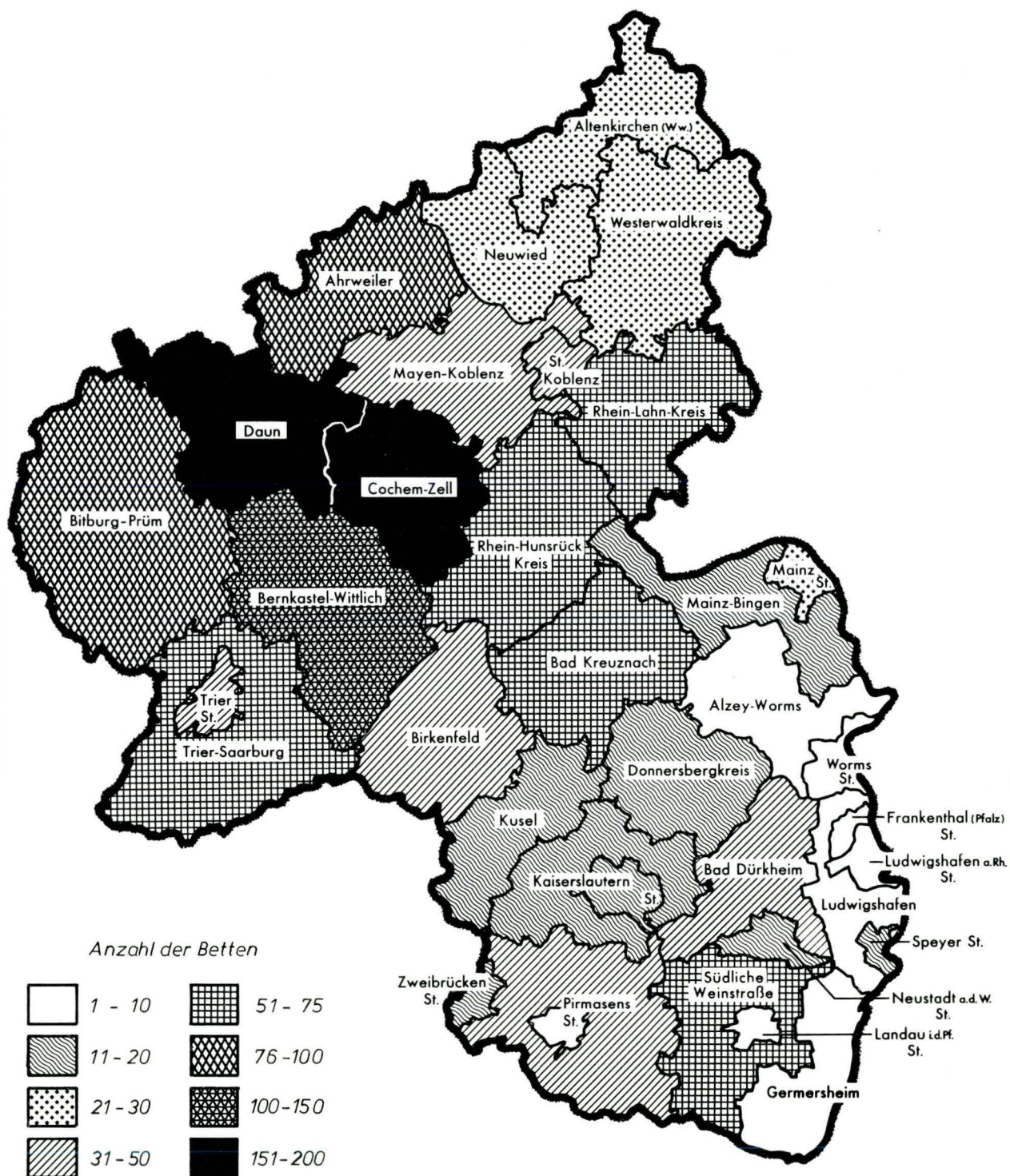
1) Ohne Kleinbetriebe und Privatquartiere.

Beherbergungskapazität am 1. Januar 1981, 1987 und 1993¹⁾ nach Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk	1981		1987		Veränderung 1987 gegenüber 1981		1993		Veränderung 1993 gegenüber 1987	
	Betriebe	Betten	Betriebe	Betten	Betriebe	Betten	Betriebe	Betten	Betriebe	Betten
	Anzahl				%		Anzahl		%	
Kreisfreie Stadt Koblenz	70	2 861	70	3 442	0,0	20,3	64	3 523	- 8,6	2,4
Landkreise										
Ahrweiler	302	9 487	299	10 286	- 1,0	8,4	271	10 314	- 9,4	0,3
Altenkirchen (Ww.)	122	2 600	102	3 425	- 16,4	31,7	87	3 394	- 14,7	- 0,9
Bad Kreuznach	173	6 011	164	6 533	- 5,2	8,7	149	7 926	- 9,1	21,3
Bad Kreuznach, St	46	2 416	52	2 516	13,0	4,1	43	2 759	- 17,3	9,7
Birkenfeld	101	4 034	109	4 375	7,9	8,5	91	3 891	- 16,5	- 11,1
Idar-Oberstein, St	30	941	30	972	0,0	3,3	26	919	- 13,3	- 5,5
Cochem-Zell	391	10 189	377	10 177	- 3,6	- 0,1	370	10 776	- 1,9	5,9
Mayen-Koblenz	229	6 808	211	7 164	- 7,9	5,2	192	7 105	- 9,0	- 0,8
Andernach, St	24	836	25	915	4,2	9,5	23	904	- 8,0	- 1,2
Mayen, St	19	644	16	571	- 15,8	- 11,3	13	471	- 18,8	- 17,5
Neuwied	235	6 707	212	6 529	- 9,8	- 2,7	166	5 148	- 21,7	- 21,2
Neuwied, St	19	509	21	559	10,5	9,8	19	467	- 9,5	- 16,5
Rhein-Hunsrück-Kreis	233	6 592	228	6 843	- 2,1	3,8	193	6 532	- 15,4	- 4,5
Rhein-Lahn-Kreis	230	7 267	203	7 495	- 11,7	3,1	175	6 686	- 13,8	- 10,8
Lahnstein, St	19	1 019	19	1 294	0,0	27,0	17	1 374	- 10,5	6,2
Westerwaldkreis	181	5 071	170	5 510	- 6,1	8,7	155	5 517	- 8,8	0,1
RB Koblenz	2 267	67 627	2 145	71 779	- 5,4	6,1	1 913	70 812	- 10,8	- 1,3
Kreisfreie Stadt Trier	56	2 534	70	3 594	25,0	41,8	63	3 555	- 10,0	- 1,1
Landkreise										
Bernkastel-Wittlich	402	10 554	383	12 412	- 4,7	17,6	378	13 397	- 1,3	7,9
Bitburg-Prüm	230	7 057	243	8 085	5,7	14,6	217	7 625	- 10,7	- 5,7
Daun	178	8 549	180	8 908	1,1	4,2	149	9 930	- 17,2	11,5
Trier-Saarburg	168	6 896	199	7 759	18,5	12,5	184	7 930	- 7,5	2,2
RB Trier	1 034	35 590	1 075	40 758	4,0	14,5	991	42 437	- 7,8	4,1
Kreisfreie Städte										
Frankenthal (Pfalz)	8	493	7	350	- 12,5	- 29,0	5	343	- 28,6	- 2,0
Kaiserslautern	29	999	29	1 136	0,0	13,7	30	1 227	3,4	8,0
Landau i. d. Pfalz	12	329	9	248	- 25,0	- 24,6	8	388	- 11,1	56,5
Ludwigshafen a. Rhein	19	1 218	19	1 406	0,0	15,4	24	1 568	26,3	11,5
Mainz	38	3 176	41	4 170	7,9	31,3	39	4 418	- 4,9	5,9
Neustadt a. d. Weinstr.	21	653	27	823	28,6	26,0	21	883	- 22,2	7,3
Pirmasens	10	480	9	470	- 10,0	- 2,1	9	446	0,0	- 5,1
Speyer	11	405	10	389	- 9,1	- 4,0	13	629	30,0	61,7
Worms	24	747	28	885	16,7	18,5	23	768	- 17,9	- 13,2
Zweibrücken	9	289	11	508	22,2	75,8	9	392	- 18,2	- 22,8
Landkreise										
Alzey-Worms	19	436	19	492	0,0	12,8	25	729	31,6	48,2
Bad Dürkheim	106	3 669	116	4 617	9,4	25,8	128	5 078	10,3	10,0
Donnersbergkreis	29	933	26	688	- 10,3	- 26,3	30	981	15,4	42,6
Germersheim	24	555	31	718	29,2	29,4	33	875	6,5	21,9
Kaiserslautern	60	1 551	64	1 853	6,7	19,5	60	1 819	- 6,3	- 1,8
Kusel	28	935	33	1 103	17,9	18,0	29	1 035	- 12,1	- 6,2
Südliche Weinstraße	146	5 404	184	6 686	26,0	23,7	195	5 970	6,0	- 10,7
Ludwigshafen	16	375	19	527	18,8	40,5	18	594	- 5,3	12,7
Mainz-Bingen	115	2 823	107	2 926	- 7,0	3,6	102	3 286	- 4,7	12,3
Bingen am Rhein, St	29	874	21	729	- 27,6	- 16,6	17	895	- 19,0	22,8
Ingelheim am Rhein, St	6	137	6	134	0,0	- 2,2	2	46	- 66,7	- 65,7
Pirmasens	108	2 912	134	3 398	24,1	16,7	120	3 187	- 10,4	- 6,2
RB Rheinhessen-Pfalz	832	28 382	923	33 393	10,9	17,7	921	34 616	- 0,2	3,7
Rheinland-Pfalz	4 133	131 599	4 143	145 930	0,2	10,9	3 825	147 865	- 7,7	1,3
Kreisfreie Städte	307	14 184	330	17 421	7,5	22,8	308	18 140	- 6,7	4,1
Landkreise	3 826	117 415	3 813	128 509	- 0,3	9,4	3 517	129 725	- 7,8	0,9

1) Ohne Kleinbetriebe und Privatquartiere.

Fremdenbetten¹⁾ in den Verwaltungsbezirken am 1. Januar 1993 je 1000 Einwohner



1) Ohne Kleinbetriebe und Privatquartiere

Beherbergungskapazität am 1. Januar 1993¹⁾ nach Betriebsarten, Größenklassen und Raumausstattung

Betriebsart	insgesamt	in Betrieben mit ... Betten					
		9 - 11	12 - 14	15 - 19	20 - 29	30 - 99	100 und mehr

Betten in Gästezimmern mit Bad/Dusche mit WC							
Insgesamt	93 704	3 128	4 060	7 205	12 964	37 061	29 286
Hotels	56 100	442	834	2 345	6 276	26 382	19 821
Hotels garnis	7 249	283	312	664	1 727	3 915	348
Gasthöfe	10 295	1 135	1 422	2 368	2 845	2 525	-
Pensionen	7 884	1 264	1 492	1 781	2 023	1 204	120
Erholungs-, Ferienheime	3 789	1	-	42	67	1 882	1 797
Jugendherbergen	400	-	-	-	-	26	374
Sanatorien, Kuranstalten	7 731	-	-	-	26	1 100	6 605
Ferienhäuser, -wohnungen ²⁾	256	3	-	5	-	27	221

Betten in Gästezimmern mit Bad/Dusche ohne WC							
Insgesamt	5 345	420	504	891	1 473	1 726	331
Hotels	2 366	71	125	269	709	1 052	140
Hotels garnis	564	20	20	93	117	257	57
Gasthöfe	1 469	249	207	351	409	253	-
Pensionen	727	80	152	174	222	99	-
Erholungs-, Ferienheime	44	-	-	4	6	24	10
Jugendherbergen	156	-	-	-	-	40	116
Sanatorien, Kuranstalten	19	-	-	-	10	1	8
Ferienhäuser, -wohnungen ²⁾	-	-	-	-	-	-	-

Betten in Gästezimmern nur mit fließendem Warmwasser mit WC							
Insgesamt	2 405	212	283	310	397	926	277
Hotels	825	21	45	83	196	424	56
Hotels garnis	157	25	9	34	42	47	-
Gasthöfe	693	133	132	154	105	169	-
Pensionen	258	31	97	39	40	51	-
Erholungs-, Ferienheime	183	-	-	-	6	173	4
Jugendherbergen	14	-	-	-	-	3	11
Sanatorien, Kuranstalten	273	-	-	-	8	59	206
Ferienhäuser, -wohnungen ²⁾	2	2	-	-	-	-	-

Betten in Gästezimmern nur mit fließendem Warmwasser ohne WC							
Insgesamt	13 669	1 321	1 310	1 868	2 566	4 392	2 212
Hotels	3 942	105	192	509	1 170	1 837	129
Hotels garnis	952	67	110	151	211	339	74
Gasthöfe	3 284	724	715	779	657	409	-
Pensionen	1 727	425	293	380	369	260	-
Erholungs-, Ferienheime	2 780	-	-	35	150	1 448	1 147
Jugendherbergen	298	-	-	14	-	68	216
Sanatorien, Kuranstalten	686	-	-	-	9	31	646
Ferienhäuser, -wohnungen ²⁾	-	-	-	-	-	-	-

Betten in sonstigen Gästezimmern							
Insgesamt	1 035	47	26	25	89	582	266
Hotels	65	-	14	6	13	32	-
Hotels garnis	10	10	-	-	-	-	-
Gasthöfe	79	30	-	-	23	26	-
Pensionen	96	7	12	1	-	76	-
Erholungs-, Ferienheime	547	-	-	18	53	423	53
Jugendherbergen	63	-	-	-	-	25	38
Sanatorien, Kuranstalten	175	-	-	-	-	-	175
Ferienhäuser, -wohnungen ²⁾	-	-	-	-	-	-	-

1) Ohne Kleinbetriebe und Privatquartiere. - 2) Einschließlich Feriencentren.

Eine rückläufige Betriebszahl (- 7,8 %; 991) ging im Regierungsbezirk Trier mit einer steigenden Bettenzahl (+ 4,1 %; 42 437) einher. Im Landkreis Daun war diese gegenläufige Entwicklung besonders auffallend, da hier in 149 Betrieben (- 17 %) 9 930 Betten (+ 12 %) zur Verfügung stehen. Im Regierungsbezirk Trier liegen 26 % aller Betriebe und 29 % aller Betten. Ein Betrieb wartet hier mit durchschnittlich 42,8 Betten auf. Im Landkreis Daun werden pro Betrieb sogar im Durchschnitt 66,6 Betten angeboten.

Im Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz stagniert die Zahl der Beherbergungsbetriebe (- 0,2 %; 921). Anfang 1993 wurden indessen 34 616 Betten (+ 3,7 %) bereitgestellt. In den kreisfreien Städten und Landkreisen des Bezirks verlief die Entwicklung seit 1987 sehr unterschiedlich. Die Städte Speyer und Ludwigshafen weisen deutlich mehr Betriebe und Betten aus. Landau steigerte mit weniger Betrieben seine Bettenkapazität ganz erheblich. Die größte touristische Bedeutung kommt den Landkreisen Südliche Weinstraße, Bad Dürkheim und Mainz-Bingen zu.

In der Übersicht über die Fremdenbetten je 1 000 Einwohner schneiden die Landkreise Cochem-Zell (167,4), Daun (163,3), Bernkastel-Wittlich (121), Ahrweiler (85,6) und Bitburg-Prüm (81,7) am besten ab. Die bevölkerungsreichsten Landkreise Mayen-Koblenz (35,7), Westerwaldkreis (29,6), Mainz-Bingen (18,2) und Neuwied (30,3) liegen hingegen unterhalb des Landesdurchschnittes von 38,1 Fremdenbetten je 1 000 Einwohner.

Fast 90 % der Hotelzimmer mit Bad oder Dusche und WC

Der Komfort in den rheinland-pfälzischen Fremdenverkehrsbetrieben konnte in den letzten Jahren weiter verbessert werden. Mehr als 80 % aller Gästezimmer verfügten 1993 über Bad oder Dusche und WC. Im Jahre 1987 waren es 65 %. Überdurchschnittlichen Komfort bieten die Hotels, deren Zimmer zu fast 90 % dieser gehobenen Ausstattungsklasse angehören. In den Gasthäusern sind lediglich zwei Drittel der Zimmer entsprechend eingerichtet. In jedem fünften Zimmer wird weiterhin nur fließendes Warmwasser zur Verfügung gestellt. In der Betriebsart Heilstätten, Sanatorien und Kuranstalten sind mehr als 90 % der Zimmer mit Bad oder Dusche und WC ausgestattet.

Fast jeder dritte Fremdenverkehrsbetrieb bietet seinen Gästen heute zusätzliche Einrichtungen, beispielsweise für Sport- und Freizeitaktivitäten, an. In mehr als 300 Häusern stehen eigene Hallen- oder Freibäder zur Verfügung, in 460 Betrieben Sauna nebst Solarium. Für Tennisfreunde bieten sich Spielmöglichkeiten auf 100 hauseigenen Plätzen oder in Hallen. 400 Betriebe sind mit Kinderspielplätzen und -zimmern speziell für die kleinen Gäste eingerichtet. Medizinische Kureinrichtungen für besonders gesundheitsbewußte Urlauber bzw. Kurgäste bieten nicht nur die rheinland-pfälzischen Sanatorien und Kuranstalten, sondern teilweise auch Hotels, Erholungs- und Ferienheime sowie vereinzelt Ferienzentren und -häuser.

Für Geschäftsreisende, Firmen oder sonstige Interessengruppen bietet die Fremdenverkehrsbranche fast 700 Konferenz-, Tagungs- und Seminarräume mit einer Gesamtkapazität für mehr als 55 000 Teilnehmer an.

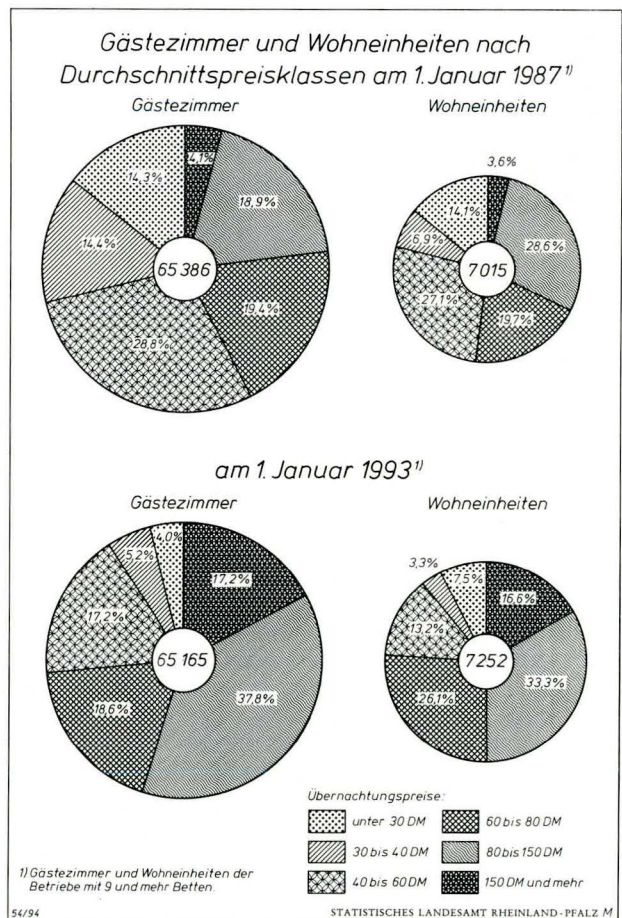
Jedes zweite Zimmer kostet mehr als 80 DM

Die Komfortverbesserung in den Fremdenverkehrsbetrieben war mit einem Anstieg der Zimmerpreise verbunden. Waren im Jahre 1987 noch 9 300 Zimmer für einen Übernachtungspreis von weniger als 30 DM zu haben, so wurden 1993 nur noch 2 600 Zimmer dieser Preiskategorie zur Verfügung gestellt. 60 % hiervon waren lediglich mit fließendem Warmwasser ausgestattet.

3 350 Zimmer kosteten zwischen 30 und 40 DM. 11 000 Fremdenzimmer wurden zu einem Übernachtungspreis von 40 bis 60 DM angeboten. 12 000 kosteten zwischen 60 und 80 DM. Mehr als die Hälfte der Gästezimmer ist der Preisklasse von 80 DM und mehr zuzurechnen. Für etwa 25 000 Fremdenzimmer wird ein Übernachtungspreis bis zu 150 DM veranschlagt. In mehr als 11 000 Zimmern liegt der Preis noch darüber.

Bruttoproduktionspotential von 2,6 Mrd. DM

Aus der Relation des durchschnittlichen Übernachtungspreises zu den 148 000 Betten in 72 000 Zimmern



Ausstattung der Campingplätze mit Versorgungs- sowie Sport- und Freizeiteinrichtungen am 1. Januar 1993 nach Fremdenverkehrsgebieten

Fremdenverkehrsgebiet	Insgesamt	Ausgestattet mit . . .						
		Versorgungs- einrich- tungen	darunter			Sport- und Freizeit- einrich- tungen	darunter	
			Einzel- handels- geschäft/ Kiosk	zusätzl. Besucher- parkplatz	Wasch- maschine		Kinder- spiel- platz	Hallen-/ Freibad
Rheintal	24	23	19	22	16	15	14	4
Rheinhausen	4	3	3	3	3	2	2	-
Eifel/Ahr	52	51	26	44	31	35	35	12
Mosel/Saar	51	46	32	39	33	37	37	10
Hunsrück/Nahe/Glan	25	22	13	22	16	18	17	7
Westerwald/Lahn/Taunus	56	47	21	47	35	38	35	11
Pfalz	36	32	17	25	20	21	20	7
Insgesamt	248	224	131	202	154	166	160	51

und Wohneinheiten läßt sich bei 100 %iger Auslastung ein monatlicher Erlös von rund 216 Mill. DM in den rheinland-pfälzischen Fremdenverkehrsbetrieben errechnen. Das sind im Jahr fast 2,6 Mrd. DM, die die Fremdenverkehrsbranche allein durch die Zimmervermietung (incl. Frühstück) einnehmen kann.

Da die Bettenkapazität der Fremdenverkehrsbetriebe in Rheinland-Pfalz jedoch durchschnittlich nur zu etwa 30 % im Jahr ausgelastet ist, bewegen sich die tatsächlichen Erlöse aus Übernachtungen weit unter dem vorgenannten rechnerischen Wert. Der größte Anteil am Bruttoproduktionspotential entfällt mit 60 % auf die Hotels, die allerdings auch die meisten Fremdenzimmer zur Verfügung stellen.

Nicht in der Berechnung berücksichtigt sind die Privatzimmervermieter und gewerblichen Kleinbetriebe mit weniger als neun Betten, die traditionell einen erheblichen Anteil am Übernachtungsaufkommen in Rheinland-Pfalz haben.

Zahl der Campingplätze fast unverändert

Während 1987 noch 253 Campingplätze in Rheinland-Pfalz gezählt wurden, waren es 1993 noch 248. Davon befanden sich 56 in der Region Westerwald/

Lahn/Taunus. 52 lagen in der Eifel oder an der Ahr, 51 an Mosel und Saar, 40 waren es in der Pfalz und in Rheinhausen, 25 Plätze wurden im Fremdenverkehrsgebiet Hunsrück/Nahe/Glan gezählt und 24 lagen im Rheintal. Mehr als ein Viertel dieser Campingplätze konnte über 100 Stellplätze für Touristen und Dauercamper zur Verfügung stellen. Fast die Hälfte der Plätze wies mehr als 25 Stellplätze nach.

Auf über 90 % der Zeltplätze werden den Gästen ergänzende Versorgungseinrichtungen angeboten. Einkaufsmöglichkeiten finden sich auf 131 Plätzen. Auf 144 weiteren werden Cafes oder Gaststätten betrieben. Zusätzliche Parkplätze für Besucher gehören zum Standard von 202 Plätzen. 150 Betreiber bieten den Caravan- und Wohnmobilurlaubern Entsorgungseinrichtungen für chemische Toiletten und leisten damit einen Beitrag zum Umweltschutz.

Zwei Drittel der Campingplätze verfügen über Sport- und Freizeiteinrichtungen wie Kinderspielplätze, Hallen- und Freibäder, Sauna, Solarium, Minigolfplätze und vieles mehr. Fast die Hälfte der Plätze ist länger als neun Monate im Jahr geöffnet und stellt damit für die zunehmende Zahl der Dauercamper ein attraktives Angebot ganzjährig zur Verfügung.

Diplom-Ökonom Rainer Klein
und Wolfgang Ellermeyer

Pachtverhältnisse in der Landwirtschaft

Landwirtschaftlich nutzbare Flächen stellen für landwirtschaftliche Betriebe einen wichtigen Produktionsfaktor dar, da durch den Umfang an Flächen, die ein Betrieb bewirtschaftet, das betriebliche Einkommen erheblich beeinflusst wird. Die Alternative – eine flächenunabhängige Produktion – kann nur in Ausnahmefällen das Einkommen sichern.

Aufgrund der großen Bedeutung, die dem Produktionsfaktor Boden für die Betriebe zukommt, werden sie bei statistischen Darstellungen häufig nach der Größe

ihrer Flächen gegliedert. Die bekannteste Gliederung ist die nach der landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF). Gliederungen wie nach der Rebfläche oder der gärtnerischen Nutzfläche werden darüber hinaus für die entsprechenden Produktionsbereiche vorgenommen.

Eine Betriebsvergrößerung kann durch Kauf oder Pacht von Flächen erfolgen. Der Flächenzukauf hat in Deutschland nur geringe Bedeutung, da für den Erwerb von Flächen erhebliche Beträge zu zahlen sind, die den Betrieb in seiner Liquidität einschränken. Laut

Kaufpreisstatistik wurden 1991 in Rheinland-Pfalz 23 000 DM je Hektar landwirtschaftlich nutzbarer Fläche gezahlt. Demgegenüber mußte ein Pächter 1991 im Durchschnitt 354 DM je Hektar und Jahr aufbringen. Die Kaufpreise von Flächen berücksichtigen im Gegensatz zu den Pachtpreisen nicht nur den Einkommensbeitrag, der durch eine landwirtschaftliche Nutzung auf der Fläche erzielt werden kann, sondern auch weitere Faktoren wie mögliche Wertsteigerungen durch Umwidmungen der Flächen zu Bauerwartungsland.

Die Agrarberichterstattung erfragt alle zwei Jahre bei repräsentativ ausgewählten Betrieben die Eigentums- und Pachtverhältnisse sowie die Entgelte für die von familienfremden Personen gepachteten Flächen. Die Pachtzahlungen innerhalb der Familie werden nicht betrachtet, weil sie sich häufig nicht nach den ökonomischen Gegebenheiten richten. In den Jahren mit einer Landwirtschaftszählung werden die Merkmale über die Pachtverhältnisse und -entgelte allgemein erfragt. Über die entsprechenden Ergebnisse aus der Landwirtschaftszählung von 1991 wird berichtet.

56 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche sind gepachtet

Zwischen 1979 und 1991 gab knapp ein Drittel der landwirtschaftlichen Betriebe auf. Die landwirtschaftlich genutzten Flächen dieser Betriebe wurden überwiegend von den verbleibenden Betrieben übernommen, so daß die durchschnittliche Betriebsgröße auf 14 ha stieg und sich der Anteil gepachteter Flächen von 45 % auf 56 % erhöhte. Rund 48 000 ha schieden ganz aus der landwirtschaftlichen Produktion aus.

Etwa 90 % der 51 500 landwirtschaftlichen Betriebe verfügten 1991 über Eigenflächen. Gegenüber 1979 sind diese Flächen um ein Viertel auf 310 000 ha zurückgegangen. Der Anteil der Eigenflächen an der gesamten LF nimmt mit zunehmender Betriebsgröße ab. Bei den Betrieben unter 1 ha LF waren 1991 rund 85 % Eigenflächen. Bei den Betrieben mit 100 und mehr ha LF betrug der Eigenanteil 30 %.

Pachtflächen bewirtschafteten aufgrund des hohen Anteils an Eigenflächen in der Größenklasse unter 1 ha LF nur 25 % der Betriebe. Ab 20 ha LF verfügten dagegen fast alle Betriebe über Pachtflächen. Insgesamt hatten 1991 rund 32 600 Betriebe 396 000 ha zugepachtet. 1979 betrug die gesamte Pachtfläche 340 000 ha. Die meisten Pachtflächen (90 000 ha) bewirtschafteten 1979 die Betriebe in der Größenklasse 30 bis 50 ha LF. 1991 verfügten dagegen die Betriebe in der Größenklasse 50 bis 100 ha LF über die meisten Pachtflächen (117 000 ha). Diese Entwicklung ist auf den zwischenzeitlich eingetretenen Strukturwandel zurückzuführen, da die Zahl der Betriebe mit 30 bis 50 ha LF etwa konstant blieb, sich oberhalb von 50 ha jedoch von 1 270 auf 3 060 erhöhte.

Die Gliederung der Betriebe nach dem Anteil der Eigenfläche zeigt ebenfalls die steigende Bedeutung der Pachtflächen. Zwar hat sich zwischen 1979 und 1991 der Anteil der Betriebe ohne Pachtflächen nur um 2 Prozentpunkte auf 37 % verringert, die Zahl der Betriebe mit mehr Pacht- als Eigentumsflächen nahm jedoch von 26 auf 35 % zu. In den Größenklassen über 50 ha LF verdreifachte sich die Zahl dieser Betriebe. Nur mit Pachtflächen wirtschafteten 1991 5 000 Betriebe im Gegensatz zu 3 100 im Jahr 1979. Ihre Flächen waren jedoch überwiegend von Familienangehörigen zugepachtet worden, da im Zuge der Hofübergabe viele Betriebsinhaber zunächst ihren Betrieb an den Hofnachfolger nur verpachten, bevor sie zu einem späteren Zeitpunkt die Eigentumsübertragung vornehmen.

Durchschnittlich 354 DM Pachtpreis

Wendete 1979 jeder Betrieb, der Einzelgrundstücke von familienfremden Personen zugepachtet hatte, im Durchschnitt insgesamt 1 900 DM für die Pacht auf, mußte er 1991 den doppelten Betrag aufbringen. Dies ist zurückzuführen auf die Zunahme der Pachtflächen und den gestiegenen Pachtpreis, der sich von 281 DM/ha auf 354 DM/ha erhöhte. Die Pachtzahlungen je Hektar reichten dabei von weniger als 100 DM bis zu mehr als 4 000 DM. 1979 zahlten 60 % der Betriebe im

Besitzverhältnisse der landwirtschaftlichen Betriebe 1991 nach Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Flächen

Landwirtschaftlich genutzte Fläche von ... ha	Insgesamt		Betriebe mit					
			Eigenfläche			Pachtfläche		
	Betriebe	LF	Betriebe	LF	Eigenfläche	Betriebe	LF	Pachtfläche
	Anzahl	ha	Anzahl	ha		Anzahl	ha	
unter 1	7 536	4 374	6 944	4 081	3 720	1 736	1 127	581
1 - 2	7 502	10 562	6 925	9 743	8 512	2 615	3 816	1 892
2 - 5	9 791	31 934	8 731	28 432	22 488	5 245	17 548	8 906
5 - 10	7 638	54 756	6 705	48 010	33 298	5 540	40 348	20 632
10 - 20	7 426	106 278	6 466	92 626	54 703	6 396	92 312	50 579
20 - 30	4 110	101 599	3 656	90 322	45 060	3 854	95 399	56 009
30 - 50	4 447	170 498	4 001	153 405	67 275	4 276	164 150	102 260
50 - 100	2 638	175 719	2 428	161 740	58 343	2 576	171 540	116 720
100 und mehr	422	56 093	385	51 055	16 768	406	53 381	38 396
Insgesamt	51 510	711 806	46 241	639 421	310 166	32 644	639 616	395 975

Gepachtete Flächen und Jahrespachtentgelte der landwirtschaftlichen Betriebe 1991 nach Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk	Insgesamt		darunter mit gepachteter LF			Pachtentgelte ¹⁾			
	Betriebe	LF	Betriebe	LF	Pachtfläche	insgesamt	Ackerland	Dauergrünland	Rebland
	Anzahl	ha	Anzahl	ha		DM/ha			
Kreisfreie Stadt Koblenz	137	1 806	99	1 730	1 267	370	379	253	.
Landkreise									
Ahrweiler	1 550	19 177	831	16 865	11 344	281	322	162	3 362
Altenkirchen (Ww.)	1 099	16 533	634	14 097	7 286	138	148	132	-
Bad Kreuznach	2 490	33 907	1 596	30 425	18 468	264	222	121	1 335
Birkenfeld	812	19 593	583	18 481	11 384	112	117	104	-
Cochem-Zell	2 511	22 899	1 470	20 308	13 573	237	210	156	2 528
Mayen-Koblenz	1 709	35 457	1 264	33 410	21 625	389	419	162	2 375
Neuwied	1 015	16 743	709	15 545	11 373	165	165	158	1 752
Rhein-Hunsrück-Kreis	2 197	37 035	1 612	34 674	22 273	185	194	156	2 112
Rhein-Lahn-Kreis	1 413	26 398	1 018	24 204	16 187	151	161	121	2 041
Westerwaldkreis	1 758	24 239	818	19 994	12 608	102	124	86	.
RB Koblenz	16 691	253 787	10 634	229 733	149 193	211	232	132	1 708
Kreisfreie Stadt Trier	148	1 864	83	1 583	948	296	191	149	4 245
Landkreise									
Bernkastel-Wittlich	4 244	35 543	2 461	31 181	19 725	311	181	151	4 366
Bitburg-Prüm	3 801	81 383	2 486	69 140	38 639	329	350	314	.
Daun	1 817	31 456	1 230	27 772	17 745	174	175	178	.
Trier-Saarburg	3 788	34 891	1 767	28 911	17 279	310	236	192	2 914
RB Trier	13 798	185 137	8 027	158 587	94 336	290	245	234	3 577
Kreisfreie Städte									
Frankenthal (Pfalz)	82	2 983	73	2 864	1 652	607	606	.	.
Kaiserslautern	50	1 087	32	1 014	714	200	206	169	-
Landau i. d. Pfalz	474	2 601	327	2 422	1 307	1 141	420	300	2 107
Ludwigshafen a. Rhein	114	2 258	100	2 238	1 634	657	646	.	-
Mainz	353	4 321	246	4 112	2 503	551	513	147	.
Neustadt a. d. Weinstr.	607	3 522	389	3 167	2 042	1 032	421	162	2 093
Pirmasens	73	1 129	47	1 000	580	184	191	169	-
Speyer	43	816	30	791	650	414	416	327	-
Worms	360	6 698	280	6 434	4 229	773	504	191	2 005
Zweibrücken	102	2 904	76	2 800	1 848	225	233	189	-
Landkreise									
Alzey-Worms	3 473	43 460	2 280	40 709	23 458	797	539	252	1 861
Bad Dürkheim	2 053	18 482	1 410	17 184	10 201	1 015	469	212	2 195
Donnersbergkreis	1 295	32 684	999	30 673	18 527	380	418	176	1 369
Germersheim	1 001	15 067	758	14 055	10 268	423	423	180	1 698
Kaiserslautern	778	19 011	519	17 271	10 340	175	195	135	-
Kusel	1 057	23 914	615	21 600	13 339	142	149	126	-
Südliche Weinstraße	3 474	23 549	2 344	21 245	12 823	888	399	184	2 122
Ludwigshafen	783	15 101	647	14 367	9 961	557	563	213	1 488
Mainz-Bingen	3 876	33 174	2 207	29 813	16 471	670	449	134	1 589
Pirmasens	973	20 121	604	17 537	9 899	207	229	183	-
RB Rheinhessen-Pfalz	21 021	272 882	13 983	251 296	152 446	543	426	160	1 940
Rheinland-Pfalz	51 510	711 806	32 644	639 616	395 975	354	321	176	2 042

1) Nur von familienfremden Personen gepachtete Einzelgrundstücke.

Durchschnitt weniger als 300 DM/ha, dagegen waren es 1991 nur noch 46 %. Auf 23 % verdoppelte sich der Anteil der Betriebe, die Einzelgrundstücke gepachtet hatten und mehr als 1000 DM/ha aufwenden mußten.

Mit zunehmender Betriebsgröße nimmt der Pachtpreis ab. Die je Größenklasse ermittelten Pachtpreise reichten von 1 937 DM/ha bis 199 DM/ha. In der Größenklasse unter 1 ha LF zahlten die Betriebe 1 937 DM/ha. In der nächsten Größenklasse betrug der Preis nur noch 1 164 DM/ha. Betriebe in der höchsten Größenklasse hatten durchschnittlich 199 DM/ha zu zahlen. Innerhalb einer Größenklasse fallen die Pachtpreise mit zunehmender Größe der gepachteten Einzelgrundstücke ebenfalls ab. Hatte ein Betrieb weniger als 1 ha zugepachtet, zahlte er im Durchschnitt 1 530 DM/ha. Der Pachtpreis sank auf 300 DM/ha für Flächen von mehr als 10 ha.

Die Unterschiede in den Pachtpreisen zwischen den Größenklassen der LF finden sich auch in einer Gliederung der Betriebe nach der Höhe der Pachtzahlungen je ha gepachteter LF wieder. Drei Viertel der Betriebe unter 1 ha LF zahlten mehr als 1 000 DM/ha. In der Größenklasse 1 bis 5 ha LF waren es noch knapp 60 %. Anders bei den Betrieben mit 100 und mehr ha LF. Hier zahlten 60 % der Betriebe weniger als 200 DM/ha. 40 % der Betriebe mit 50 bis 100 ha LF kamen ebenfalls auf weniger als 200 DM/ha.

Rebland am teuersten

Die hohen Pachtpreise der Betriebe in den unteren Größenklassen sind auf den höheren Sonderkulturannteil der Betriebe zurückzuführen. Die Unterscheidung nach Kulturarten zeigt, daß die durchschnittlichen Pachtpreise in den einzelnen Größenklassen stark von der Zusammenfassung der Kulturarten abhängig sind. Die mit Abstand höchsten Pachtpreise wurden 1991 mit 2 042 DM/ha für Rebflächen gezahlt. Bei Ackerflächen

betrug der Pachtpreis 321 DM/ha und bei Dauergrünland 176 DM/ha. Gewogen mit den jeweiligen Pachtflächen errechnet sich ein durchschnittlicher Pachtpreis von 354 DM/ha für Einzelgrundstücke.

58 % der gepachteten Einzelgrundstücke waren Ackerland. Abgesehen von der untersten Größenklasse wurden je nach Größenklasse zwischen 232 DM/ha und 358 DM/ha gezahlt. Für Dauergrünland betrug der Pachtaufwand je nach Größenklasse zwischen 113 und 203 DM/ha. Den höchsten Pachtaufwand je ha Ackerland (358 DM/ha) und Dauergrünland (203 DM/ha) hatten die Betriebe mit 30 bis 50 ha LF, den geringsten Betrag zahlten beim Ackerland die Betriebe mit 100 und mehr ha LF (232 DM/ha) und beim Dauergrünland die Betriebe unter 1 ha LF (113 DM/ha). Landesweit war etwa jeder fünfte Hektar Rebland von familienfremden Personen gepachtet. 2 519 DM/ha wandten die Betriebe mit 1 bis 5 ha LF auf, 1 774 DM/ha die Betriebe mit 100 und mehr ha LF.

Haupterwerbsbetriebe dominieren den Pachtmarkt

Während 1991 nur 42 % aller landwirtschaftlichen Betriebe im Haupterwerb bewirtschaftet wurden, gehörten 59 % der Betriebe mit gepachteten Einzelgrundstücken zu den Haupterwerbsbetrieben. Auf sie entfiel sogar 81 % der gepachteten Fläche. Da Haupterwerbsbetriebe ihren Lebensunterhalt ausschließlich oder überwiegend aus der Landwirtschaft erzielen, waren sie auf eine Vergrößerung ihres Betriebes eher angewiesen als Nebenerwerbsbetriebe. Außerdem stehen ihnen in der Regel die notwendigen Arbeits- und Maschinenkapazitäten für die Bewirtschaftung weiterer Flächen zur Verfügung. In den Nebenerwerbsbetrieben fehlt häufig aufgrund einer außerbetrieblichen Erwerbstätigkeit die Arbeitskapazität, um weitere Flächen bewirtschaften zu können.

Der Zwang zur Betriebsvergrößerung und die höhere Wettbewerbskraft der Haupterwerbsbetriebe führte da-

Betriebe mit gepachteten Einzelgrundstücken 1991 nach Kulturarten und Größenklassen der LF¹⁾

Landwirtschaftlich genutzte Fläche von ... ha	Insgesamt			Pachtentgelte			
	Betriebe	LF	Pachtfläche	insgesamt	Ackerland	Dauergrünland	Rebland
	Anzahl	ha		DM/ha			
unter 1	962	640	240	1 937	989	113	2 213
1 - 5	5 690	15 828	5 480	1 164	297	143	2 519
5 - 10	4 593	33 670	11 674	747	277	168	2 071
10 - 20	5 832	84 541	32 673	467	327	163	1 934
20 - 30	3 675	91 073	39 950	374	355	185	1 834
30 - 50	4 143	159 210	78 029	339	358	203	1 886
50 - 100	2 520	167 877	98 842	278	309	178	1 983
100 und mehr	396	52 004	34 726	199	232	122	1 774
Insgesamt	27 811	604 844	301 614	354	321	176	2 042
darunter Haupterwerbsbetriebe	16 394	478 567	245 680	369	339	184	2 015
Nebenerwerbsbetriebe	11 339	122 337	54 461	271	242	147	1 976

1) Nur von familienfremden Personen gepachtete Einzelgrundstücke.

zu, daß sie um ein Drittel höhere Pachtpreise zahlten als die Nebenerwerbsbetriebe. Durchschnittlich kamen die Haupterwerbsbetriebe auf 369 DM/ha, die Nebenerwerbsbetriebe wandten knapp 100 DM weniger auf. Die Haupterwerbsbetriebe bezahlten für Ackerland 339 DM/ha, für Dauergrünland 184 DM/ha und für Rebland 2015 DM/ha.

Pfalz mit den höchsten Pachtpreisen für Acker- und Dauergrünland

Die Gebiete, in denen 1991 überdurchschnittliche Pachtpreise gezahlt wurden, waren durch einen hohen Anteil von Dauerkulturen an der LF geprägt. Dagegen lagen die Pachtpreise in den landwirtschaftlich benachteiligten Gebieten, die über hohe Dauergrünlandanteile verfügten, unter dem Durchschnitt.

Besonders große Pachtpreisunterschiede gab es beim Rebland, die offensichtlich auf verschiedene lagebedingte Produktions- und Vermarktungsvorteile zurückzuführen sind. Da die Ergebnisse nicht nach Anbaugebieten aufbereitet werden, können näherungsweise nur die Kreisergebnisse betrachtet werden. Danach waren in den Anbaugebieten Mosel-Saar-Ruwer und Ahr die Pachtpreise höher als in den Anbaugebieten Pfalz und Rheinhessen. Im Landkreis Bernkastel-Wittlich wurden z. B. mit 4 400 DM/ha die höchsten Pachtpreise für Rebflächen gezahlt. Es folgten die vorwiegend mit Rotweinreben bestockten Rebflächen der Ahr im Landkreis Ahrweiler (3 400 DM/ha). Ebenfalls weit über dem Durchschnitt lagen die Pachtpreise für Rebflächen in Trier-Saarburg (2 900 DM/ha).

Dagegen war der Pachtaufwand je Hektar in den anderen Anbaugebieten, insbesondere Pfalz und Rheinhessen, geringer. Im Landkreis Bad Kreuznach wurden nur 1 300 DM/ha gezahlt, in Ludwigshafen 1 500 DM/ha und Mainz-Bingen 1 600 DM/ha.

Beim Acker- und Dauergrünland bestimmt im wesentlichen der Naturalertrag, der durch Bodenqualität und Klima beeinflusst wird, die Nachfrage. Die geringsten Pachtpreise für Ackerland wiesen der Landkreis Birkenfeld (117 DM/ha) und der Westerwaldkreis (124 DM/ha) aus. Dagegen wurden die höchsten Preise für Ackerflächen an den guten Ackerbaustandorten der Pfalz, wo teilweise sogar Gemüseanbau möglich ist, erzielt. Spitzenreiter war 1991 der Landkreis Ludwigshafen (563 DM/ha), gefolgt von den Landkreisen Alzey-Worms (539 DM/ha) und Bad Dürkheim (469 DM/ha).

Für die Pachtpreise von Dauergrünland gilt ähnliches wie beim Ackerland, wenn auch auf niedrigerem Niveau. Eine Ausnahme stellte der Landkreis Bitburg-Prüm mit 314 DM/ha dar, da ein Viertel der Rinderbestände des Landes auf diesen Landkreis entfallen und so eine besonders starke Nachfrage nach Dauergrünlandflächen besteht. Ebenfalls über dem Durchschnitt lagen die Pachtpreise in den Landkreisen Alzey-Worms (252 DM/ha), Ludwigshafen (213 DM/ha) und Bad Dürkheim (212 DM/ha), die alle nur über einen geringen Anteil Dauergrünland an der LF verfügen. Im Westerwaldkreis (86 DM/ha) und im Landkreis Birkenfeld (104 DM/ha) mit 63 % bzw. 45 % Dauergrünland an der LF war der Pachtaufwand am geringsten.

Diplom-Agraringenieur Jörg Breitenfeld

Dialogisierung des Wohngeldverfahrens

Landesweites Verfahren

Seit Inkrafttreten des Zweiten Wohngeldgesetzes im Jahre 1971 ist das Statistische Landesamt mit der Entwicklung, Pflege und Ausführung eines Automationsverfahrens für die Abwicklung des Wohngeldes beauftragt. Diesem landeseinheitlichen Verfahren sind seit 1974 alle 44 Wohngeldstellen der Landkreise, kreisfreien und großen kreisangehörigen Städte angeschlossen. Das Verfahren umfaßt die Plausibilisierung der Antragsdaten, die Berechnung, die Bescheiderstellung und die Zahlbarmachung des bewilligten Wohngeldes. Außerdem werden die für die Wohngeldstatistik erforderlichen Daten bereitgestellt.

Bisheriger Ablauf

Die für die maschinelle Bearbeitung benötigten Informationen wurden in der Vergangenheit von den Wohngeldstellen zu bestimmten Terminen an das Rechenzentrum in Bad Ems übersandt. Dort wurden die Daten erfaßt und auf Magnetbändern gespeichert. Erst jetzt war eine maschinelle Prüfung der Daten durch das Plausibilitätsprogramm möglich. Die erforderlichen

Arbeitsschritte Belegerstellung, Versand an das Rechenzentrum, zentrale Datenerfassung und Plausibilitätsprüfung führten dazu, daß sich die Auszahlung des Wohngeldes verzögerte. Wenn ein Fehler auftrat, verlängerte sich der Zeitraum nochmals. Die mehrfache Datenübertragung stellte eine weitere Fehlerquelle dar.

Dialogisierung

Um die Nachteile des bestehenden Verfahrens zu beseitigen, erteilte das Ministerium der Finanzen dem Statistischen Landesamt den Auftrag, das automatisierte Wohngeldverfahren im Hinblick auf eine direkte Kommunikation des Anwenders mit dem Computer weiterzuentwickeln.

Die unmittelbare Anbindung der Wohngeldstellen an den Zentralrechner im Statistischen Landesamt geschieht über das landesweite Datenübertragungsnetz in Rheinland-Pfalz. An dieses Leitungsnetz sind die meisten mit der Wohngeldbearbeitung betrauten Verwaltungen bereits wegen anderer Anwendungen angeschlossen. Damit fällt an Investitionen in den Wohngeldstellen i. d. R. nur die Ausstattung mit Bildschirmarbeitsplätzen an.

Die Datenbanken

Das Dialogverfahren ermöglicht den Wohngeldstellen zu Zwecken der Bearbeitung, Information und Auswertung den direkten Zugriff auf die gespeicherten Daten. Diese sind in drei unterschiedlichen Datenbanken gespeichert.

- In der **Dialog-Datenbank** werden alle eingegebenen Wohngeldfälle, d. h. Erstanträge, Weitergewährungen, Erhöhungen bzw. Herabsetzungen, Änderungen und Berichtigungen, eingestellt. In den zu bestimmten Zeitpunkten stattfindenden zentralen Verarbeitungen mit Berechnung, Bescheidschreibung und Zahlbarmachung werden diese Fälle – sofern vollständig und fehlerfrei – abgearbeitet und mit dem Ergebnis der Verarbeitung in die
- **Stamm-Datenbank** übernommen. Diese enthält alle laufenden Wohngeldfälle. In jedem Verarbeitungslauf wird die Datenbank neu erstellt und um die Ergebnisse der Verarbeitung (neue Berechnungen, Zahlungsverlauf, Löschung ein Jahr nach Auslaufen des Wohngeldes u. a.) ergänzt.
- In einer **History-Datenbank** werden alle Eingaben der Wohngeldstellen in chronologischer Folge vollständig über sieben Jahre hinweg gespeichert. Dadurch kann – bei Festhalten von exaktem Datum, Bildschirmadresse und Sachbearbeiter – die Bearbeitung detailliert nachvollzogen werden. Auch nicht zur Berechnung gelangte oder abgelehnte Eingaben sind gespeichert und damit erkennbar.
- Außerdem sind in einer **Behörden-Datenbank** alle behördenspezifischen Daten (Anschrift, Bankverbindung, Sprechzeiten u. ä.) sowie insbesondere die Benutzerprofile der einzelnen Sachbearbeiter (persönliches Paßwort, zugelassene Bildschirmadresse u. a.) enthalten. Der Zugang zur Behörden-Datenbank ist nur über ein besonderes Chef-Paßwort i. d. R. einem Mitarbeiter der Verwaltung möglich.

Datenschutz

Eine ganz besondere Bedeutung ist dem Datenschutz zugemessen worden, da es sich beim Wohngeld um personenbezogene, sehr sensible Daten handelt. Es bestehen mehrere Sicherungsmechanismen, die unerlaubte Zugriffe verhindern. Zunächst ist jeder Wohngeldstelle eine spezielle Behörden-Nummer zugeordnet. Sie ist bei jeder Anmeldung zum Verfahren in die „Eingangsmaske“ einzugeben und gestattet den Zugriff nur auf Daten dieser Behörde.

Jeder Mitarbeiter der Wohngeldstelle erhält ein eigenes Paßwort, das nur er selbst kennt und in regelmäßigen Abständen selbst ändert. Nur durch die Eingabe dieses (gültigen) Paßwortes erhält der Mitarbeiter Zugang zum Wohngeldverfahren.

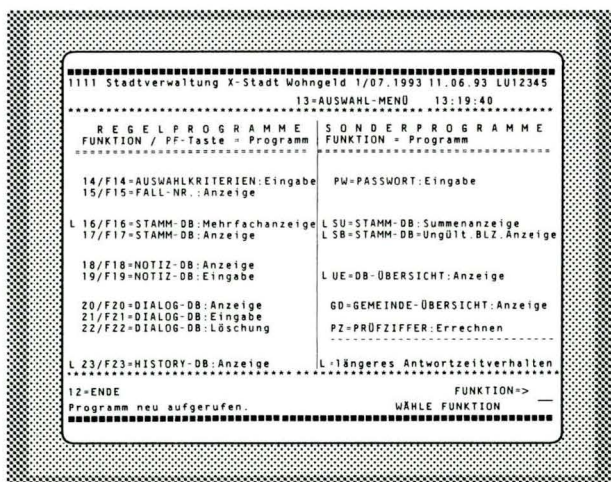
Ein dritter Schutzmechanismus wird durch die Bildschirmadresse herbeigeführt. Diese Adresse ist landesweit nur einmal vergeben und der Eingabestation fest



zugeordnet. In der Behörden-Datenbank ist die Zugriffsberechtigung, d. h., welcher Mitarbeiter (Identifikation durch Paßwort) an welcher Bildschirmadresse arbeiten darf, vermerkt. In Verbindung mit der Behörden-Nummer ist sichergestellt, daß nur ein identifizierter Sachbearbeiter an einem bestimmten Bildschirm die Daten seiner Wohngeldstelle bearbeiten kann.

Bearbeitungsfunktionen

Nach der ordnungsgemäßen Anmeldung zum Dialogverfahren werden dem Sachbearbeiter am Bildschirm in einem Auswahl-Menü die Bearbeitungsfunktionen dargestellt.



Anzeigen

Aus allen Datenbanken können die gespeicherten Daten angezeigt werden. Neben der Anzeige des einzelnen Wohngeldfalles können auch ganze Kreise von Wohngeldfällen mit einheitlichen Kriterien (z. B. Name, Ort, Straße) aufgeblendet werden. Darüber hinaus ist eine Anzeige von besonderen Informationen für die Bearbeitung möglich: In der Fallnummern-Anzeige sind die bereits vergebenen und die noch verwendbaren Fallnummern ersichtlich, Bearbeitungsnotizen können angesehen werden, zulässige Gemeindeschlüssel und Bankleitzahlen werden angezeigt.

Eingeben

Die Eingabe von Daten per Bildschirm stellt die eigentliche Bearbeitung dar. Alle bereits gespeicherten Daten, die am Bildschirm sichtbar sind, können für die Eingabe verwendet, d.h. in die Eingabemasken kopiert werden. Damit ist i.d.R. nur die Eingabe von sich ändernden Daten notwendig. Diese Eingabereduktion spart Zeit und vermindert die Fehlermöglichkeit. Die Eingabe eines Wohngeldfalles im Dialogverfahren ist sehr eng an die – den Wohngeldsachbearbeitern vertrauten – Bearbeitungsschritte beim bisherigen Erfassungsbeleg angelehnt (Datenfolge, verwendete Schlüssel, Feldgrößen u. ä.) und erfolgt über sechs Bildschirmseiten. Dabei erhält der Sachbearbeiter aufrufbare Hilfen am Bildschirm (z. B. verwendbare und zulässige Schlüssel für bestimmte Datenfelder). Die Anzeige eines Wohngeldfalles ist auf eine bzw. (bei vielen Einkommensbeziehern) auf zwei Bildschirmseiten komprimiert.

Wenn nach Abschluß der Eingabe die Funktion zum Speichern aufgerufen wird, erfolgt zunächst im Dialog die maschinelle Plausibilitätsprüfung. Als Ergebnis werden dem Sachbearbeiter sofort vorhandene Fehler aufgezeigt, die gegebenenfalls unmittelbar berichtigt werden können, oder es wird mitgeteilt, daß der Fall fehlerfrei ist und gespeichert wurde.

Wohngeldfälle können bis zu vier Monaten vor dem zugeordneten Verarbeitungstermin eingegeben und in der Dialog-Datenbank gespeichert werden. Bis zur Verarbeitung können Eingaben, falls erforderlich, selbstverständlich auch wieder gelöscht werden.

Auswerten

Die dritte Funktion des Dialogverfahrens beinhaltet ein umfangreiches Auswertungsprogramm. Zunächst besteht die Möglichkeit der Auswahl von Wohngeldfäl-

len mit einem bestimmten identischen Merkmal (gleichem Auswahlkriterium) und Einzel- oder Summenanzeige. Bei der Auswahl können zwei Merkmale kombiniert werden. Es ist die Auswertung nach fast allen gespeicherten Merkmalen zulässig. Bei numerischen Daten kann nach gleichem, größerem oder kleinerem Wert, bei alphanumerischen Daten nach Identität ausgewertet werden. Eine Globalauswertung über Dialog- und Stamm-Datenbank zeigt die Fallzahlen nach den Antragsarten, nach Miet- und Lastenzuschuß, nach fehlerfreiem und fehlerhaftem Bearbeitungszustand, vorgegebenem Verarbeitungsdatum, laufenden und abgelaufenen Fällen, Fallnummerkreisen u. ä.

Entwicklungsstand

Nach umfangreichen Tests Anfangs 1993 durch vier bereits an der Entwicklung beteiligte Wohngeldstellen – Stadtverwaltungen Koblenz und Bingen sowie Kreisverwaltungen Mayen-Koblenz und Bernkastel-Wittlich – und der Programmfreigabe ist das Dialogverfahren seit Mai 1993 im Echteininsatz. Einen Monat später wurde mit dem Anschluß von weiteren Behörden in das Dialogverfahren begonnen. Inzwischen ist die Hälfte der Wohngeldstellen in Rheinland-Pfalz einbezogen.

Entwickelt ist mittlerweile auch die zweite Verfahrensstufe. Unmittelbar nach vollständiger und fehlerfreier Eingabe eines Wohngeldfalles erfolgt mit der Plausibilität auch die Berechnung des Wohngeldes im Dialog. Mit der Meldung der fehlerfreien Speicherung wird dem Sachbearbeiter am Bildschirm angezeigt, ob und in welcher Höhe Wohngeld gewährt wird bzw. ob Erhöhungs- oder Herabsetzungsanträgen stattgegeben wird (mit Anzeige des „neuen“ Wohngeldbetrages). Die Dialog-Berechnung ist seit April 1994 im Einsatz.

Diplom-Volkswirt Otmar Form

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1991	1992		1993				1994	
		Monatsdurchschnitt		Dezember	Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	3 789	3 852	3 881	3 885	3 889
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	2 066	2 052	2 057	760 ^P	945 ^P	1 211 ^P	2 148 ^P	722 ^P	914 ^P
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	6,5	6,4	6,2	2,3 ^P	3,2 ^P	3,8 ^P	6,5 ^P	2,2 ^P	3,0 ^P
* Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	3 526	3 560	3 355	2 913 ^P	3 263 ^P	3 368 ^P
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	11,2	11,1	10,2	8,8 ^P	11,0 ^P	10,5 ^P
* Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	3 630	3 553	3 705	3 486 ^P	3 512 ^P	3 977 ^P
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	11,5	11,0	11,2	10,6 ^P	11,8 ^P	12,4 ^P
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene ³⁾	Anzahl	24	24	24	17 ^P	15 ^P	26 ^P
* je 1 000 Lebendgeborene ⁴⁾	Anzahl	6,8	6,6	6,8	5,2 ^P	4,9 ^P	7,7 ^P
* Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 104	7	- 350	- 573 ^P	- 249 ^P	- 609 ^P
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 0,3	0,0	- 1,1	- 1,7 ^P	- 0,8 ^P	- 1,9 ^P
Wanderungen										
über die Landesgrenze										
* Zugezogene	Anzahl	11 775	12 290	11 194	11 836	10 089
* Fortgezogene	Anzahl	6 862	7 320	7 374	7 204	5 986
* Wanderungssaldo	Anzahl	4 913	4 970	3 820	4 632	4 103
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁵⁾	Anzahl	11 122	12 173	13 298	12 661	10 533
Arbeitsmarkt										
* Arbeitslose	Anzahl	82 334	88 985	103 943	117 783	119 389	126 450	133 747	145 485	145 377
* Männer	Anzahl	41 970	47 150	57 680	67 274	68 969	70 905	76 761	84 994	85 441
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	4 231	4 761	5 755	.	.	.	7 093	.	.
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	27 136	29 993	36 685	.	.	.	47 756	.	.
Arbeitslosenquote	%	5,4	5,7	6,7	7,5	7,6	8,0	8,5	9,2	9,2
Offene Stellen	Anzahl	17 425	20 320	14 416	15 476	16 923	13 572	14 127	16 576	18 535
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	1 187	1 409	1 034	.	.	.	665	.	.
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	5 510	5 419	4 259	.	.	.	3 238	.	.
Kurzarbeiter	Anzahl	6 764	13 123	27 769	38 943	45 077	34 649	34 919	31 671	30 727
Männer	Anzahl	5 086	9 875	21 431	31 114	36 377	28 981	29 599	25 907	25 618
Landwirtschaft										
Schlachtmengen ⁶⁾										
	t	15 374	14 269	14 652	13 679	12 498	15 287	14 751	13 751	12 143
* Rinder	t	5 727	4 755	4 695	4 266	3 839	4 669	4 417	3 910	3 649
* Kälber	t	43	33	53	34	20	35	49	20	21
* Schweine	t	9 464	9 354	9 743	9 287	8 544	10 456	10 132	9 730	8 372
Milch										
* Milcherzeugung	1 000 t	66	65	61	63	59	58	62	64	58
* an Molkereien geliefert	%	94,6	95,0	94,4	94,7	95,2	94,7	94,4	94,8	95,2
Verarbeitendes Gewerbe ⁷⁾										
Betriebe	Anzahl	2 666	2 678	2 661	2 605	2 613	2 579	2 579	2 525	2 509
* Beschäftigte	1 000	394	385	374	367	365	348	346	343	338
* Arbeiter ⁸⁾	1 000	268	258	248	244	241	228	226	222	221
* Geleistete Arbeiterstunden	1 000	35 271	33 985	30 139	30 715	30 045	30 380	28 106	26 119	28 135
Löhne und Gehälter	Mill. DM	1 725	1 785	2 192	1 647	1 554	2 013	2 056	1 547	1 489
* Löhne	Mill. DM	980	997	1 146	900	843	1 105	1 070	833	794
* Gehälter	Mill. DM	745	788	1 046	747	712	908	986	714	695
* Gesamtumsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	9 110	8 877	8 423	7 395	7 858	8 367	8 645	7 726	7 842
* Auslandsumsatz	Mill. DM	3 052	2 978	2 781	2 477	2 817	2 823	3 091	2 777	2 865
* Exportquote ⁹⁾	%	33,5	33,6	33,0	33,5	35,8	33,7	35,8	35,9	36,5

1) Nach dem Ereignisort. – 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 4) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. – 5) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 6) In- und ausländischer Herkunft; einschl. Abschnittsfette, ohne Innereien. – 7) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. – 8) Einschl. gewerblich Auszubildender. – 9) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1991	1992		1993				1994	
		Monatsdurchschnitt	Dezember		Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar
* Kohleverbrauch ¹⁾³⁾	1 000 t SKE	252	271	289	.	.	.	298	.	.
* Gasverbrauch (Erd- und Erdölgas) ²⁾³⁾	Mill. m ³	725	807	789	.	.	.	643	.	.
* Heizölverbrauch ³⁾	1 000 t	133	126	145	.	.	.	115	.	.
davon										
* leichtes Heizöl	1 000 t	60	50	49	.	.	.	50	.	.
* schweres Heizöl	1 000 t	73	76	95	.	.	.	65	.	.
* Stromverbrauch	Mill. kWh	1 135	1 125	1 006	1 042	1 035	1 108	1 072	1 092	1 055
* Stromerzeugung (industr. Eigen- erzeugung)	Mill. kWh	209	230	244	239	243	285	289	282	259
Index der Nettoproduktion (Kalendermonatlich)										
Verarbeitendes Gewerbe	1985 = 100	118	116	104	97	104	112	117
* Grundstoff- und Produktions- gütergewerbe	1985 = 100	117	116	98	105	103	114	103
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	1985 = 100	113	124	104	82	93	114	94
Chemische Industrie	1985 = 100	119	118	104	111	108	119	109
* Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	108	104	100	77	99	96	130
Maschinenbau; Büro- maschinen, ADV-Geräte und -Einrichtungen	1985 = 100	103	100	122	61	115	93	214
Straßenfahrzeugbau, Rep. von Kraftfahrzeugen usw.	1985 = 100	91	86	64	59	72	72	64
* Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	128	123	106	106	105	120	104
Herstellung von Schuhen	1985 = 100	61	54	39	52	53	44	36
* Nahrungs- und Genußmittel- gewerbe	1985 = 100	155	157	164	140	136	173	173
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	425	384	516	508	454	466	462	475	485
Strombezug ⁴⁾	Mill. kWh	3 302	2 874	2 910	3 022	2 895	3 785	3 577	3 563	3 161
Stromlieferungen ⁴⁾	Mill. kWh	1 715	1 231	1 204	1 202	1 141	1 918	1 699	1 683	1 625
* Stromverbrauch ⁵⁾	Mill. kWh	1 981	2 004	2 196	2 297	2 178	2 306	2 311	2 324	1 993
Gasverbrauch ⁶⁾	Mill. m ³	446	457	626	621	596	656	627	628	590
Handwerk ⁷⁾										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	1976 = 100	89	87	87	.	.	.	84	.	.
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	VjD 1976=100	184	195	223	.	.	.	205	.	.
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
* Beschäftigte	Anzahl	61 200	61 356	61 440	59 900	58 918	59 709	59 172	57 638	57 018
Facharbeiter	Anzahl	31 347	30 284	29 646	28 710	28 444	28 268	28 157	27 757	27 672
Fachwerker und Werker	Anzahl	15 528	16 490	16 974	16 488	15 808	16 399	15 996	15 136	14 694
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	6 670	6 803	5 931	5 564	5 378	6 310	4 980	5 202	4 733
Privater Bau	1 000	4 309	4 497	3 981	3 915	3 824	4 267	3 443	3 739	3 434
* Wohnungsbau	1 000	2 431	2 653	2 415	2 370	2 257	2 593	2 047	2 244	2 013
Landwirtschaftlicher Bau	1 000	23	17	16	32	189	21	32	34	20
* Gewerblicher und industrieller Bau	1 000	1 855	1 827	1 550	1 513	1 378	1 653	1 364	1 461	1 401
* Öffentlicher und Verkehrsbau	1 000	2 361	2 305	1 950	1 649	1 554	2 043	1 537	1 463	1 299
Hochbau	1 000	510	433	392	352	317	415	324	316	264
Tiefbau	1 000	1 851	1 872	1 558	1 297	1 237	1 628	1 213	1 147	1 035
Straßenbau	1 000	953	981	856	663	639	876	636	590	537
Löhne und Gehälter	Mill. DM	225	242	282	195	187	360	237	204	186
* Löhne	Mill. DM	182	194	224	149	141	286	182	158	140
* Gehälter	Mill. DM	43	48	58	46	46	74	55	45	46
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	715	809	1 162	746	503	877	926	605	516

1) 1 t Steinkohleneinheit (1 t SKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 14,5 t Braunkohlenkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle. – 2) Umgerechnet auf einen oberen Heizwert (Ho) von 35 169 kJ/m³. – 3) Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.), Jahr = Vierteljahresdurchschnitt. – 4) Von bzw. an andere Bundesländer bzw. Ausland (einschl. Durchleitungen). – 5) Ohne Pumpstromverbrauch und Übertragungsverluste; ohne Eigenverbrauch der Kraftwerke. – 6) Gaserzeugung + Saldo des Gasaustauschs über die Landesgrenze. – 7) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1991	1992		1993				1994	
		Monatsdurchschnitt		Dezember	Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	896	949	722	717	811	946	1 026	994	...
* mit 1 Wohnung	Anzahl	616	607	425	461	506	517	570	583	...
* mit 2 Wohnungen	Anzahl	155	203	134	138	159	207	204	208	...
* mit 3 und mehr Wohnungen	Anzahl	122	139	163	118	146	222	252	203	...
* Umbauter Raum	1 000 m³	1 045	1 160	1 025	860	1 000	1 227	1 369	1 309	...
* Wohnfläche	1 000 m²	182	203	177	150	178	224	249	237	...
Wohnräume	Anzahl	8 524	9 327	8 166	6 973	8 315	10 391	11 505	10 878	...
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	371	437	396	341	394	509	563	531	...
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	2	4	1	2	–	3	5	1	...
Unternehmen	Anzahl	162	128	115	121	122	103	136	100	...
Private Haushalte	Anzahl	731	816	606	594	689	840	885	893	...
* Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	174	172	182	119	148	164	152	158	...
* Umbauter Raum	1 000 m³	1 005	987	1 339	510	610	622	890	644	...
* Nutzfläche	1 000 m²	159	154	196	97	103	114	122	115	...
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	209	216	418	159	134	167	150	214	...
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	19	26	25	21	23	32	24	27	...
Unternehmen	Anzahl	139	138	151	93	118	126	124	125	...
Private Haushalte	Anzahl	8	8	6	5	7	6	4	6	...
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	2 254	2 439	2 384	1 774	2 036	2 737	3 157	3 064	...
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	2 966	2 952	2 659	2 212	2 549
* EG-Länder ¹⁾	Mill. DM	1 628	1 646	1 374	1 032	1 377
Belgien /Luxemburg	Mill. DM	225	250	222	153	205
Dänemark	Mill. DM	49	50	47	36	45
Frankreich	Mill. DM	432	418	341	252	398
Griechenland	Mill. DM	28	31	27	19	25
Großbritannien	Mill. DM	273	270	254	166	216
Irland	Mill. DM	11	12	13	10	11
Italien	Mill. DM	258	257	186	170	191
Niederlande	Mill. DM	211	217	180	142	174
Spanien	Mill. DM	117	114	86	67	90
Portugal	Mill. DM	26	26	19	18	23
USA und Kanada	Mill. DM	195	196	167	174	202
Japan	Mill. DM	69	63	55	52	58
Entwicklungsländer	Mill. DM	408	394	436
Mittel- und osteuropäische Länder	Mill. DM	110	104	123
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	2 341	2 262	2 109	1 735	1 908
EG-Länder ¹⁾	Mill. DM	1 341	1 289	1 215	902	912
Belgien /Luxemburg	Mill. DM	303	290	259	149	127
Dänemark	Mill. DM	45	46	51	37	34
Frankreich	Mill. DM	313	300	314	237	274
Griechenland	Mill. DM	8	7	4	3	5
Großbritannien	Mill. DM	107	108	93	79	80
Irland	Mill. DM	13	12	14	12	9
Italien	Mill. DM	203	190	184	143	153
Niederlande	Mill. DM	230	213	180	136	114
Spanien	Mill. DM	98	103	92	85	93
Portugal	Mill. DM	20	21	24	21	20
USA und Kanada	Mill. DM	162	175	149	164	185
Japan	Mill. DM	132	120	115	79	115
Entwicklungsländer	Mill. DM	312	286	240
Mittel- und osteuropäische Länder	Mill. DM	99	64	60

1) Nach dem Stand vom 1. 1. 1986.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1991	1992		1993				1994	
		Monatsdurchschnitt	Dezember	Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar	
Einzelhandel										
Beschäftigte	1986 = 100	102,7	99,7	100,8	99,2	98,5	99,7	100,1	99,3	...
* Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	125,0	127,0	164,2	105,8	103,7	133,5	156,6	109,9	...
Großhandel										
Beschäftigte	1986 = 100	111,0	111,3	110,8	110,4	109,3	110,8	110,2	108,5	...
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	132,0	128,8	125,6	98,7	103,8	129,1	126,8	103,3	...
Gastgewerbe										
Beschäftigte	1986 = 100	92,5	93,0	89,3	82,8	84,2	89,6	88,4	85,5	...
Teilbeschäftigte	1986 = 100	94,8	94,9	93,3	84,2	86,2	93,5	92,5	88,2	...
* Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	110,2	115,5	110,3	86,6	88,8	101,8	104,1	94,9	...
Beherbergungsgewerbe	1986 = 100	116,3	122,4	107,2	79,3	83,3	101,8	95,6	84,1	...
Gaststättengewerbe	1986 = 100	106,1	110,7	112,6	90,1	91,4	101,0	109,3	101,4	...
Fremdenverkehr										
in allen Berichtsgemeinden										
* Fremdenmeldungen	1 000	521	525	306	247	278	389	286	238	...
* Ausländer	1 000	120	115	57	50	70	64	51	46	...
* Fremdenübernachtungen	1 000	1 866	1 828	1 147	884	956	1 272	1 037	865	...
* Ausländer	1 000	414	378	199	141	200	194	167	142	...
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
* Güterempfang	1 000 t	1 471	1 428	1 217	1 240	1 365
* Güterversand	1 000 t	889	956	1 030	826	962
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	17 241	15 852	12 935	12 339	10 941	11 055	10 348	12 687	11 770
Krafträder	Anzahl	654	803	206	257	461	174	130	319	601
* Personen- und Kombinationskraftwagen	Anzahl	15 455	13 963	11 742	11 240	9 758	10 126	9 368	11 614	10 404
* Lastkraftwagen	Anzahl	787	760	683	603	519	559	583	545	545
Zugmaschinen	Anzahl	185	159	153	132	72	85	138	99	121
Straßenverkehrsunfälle										
	Anzahl	10 233	9 812	10 133	9 205	8 041	9 781	11 062 ^p	9 327	7 862 ^p
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 539	1 530	1 353	1 174	1 053	1 302	1 514 ^p	1 275	1 042 ^p
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	8 694	8 282	8 780	8 031	6 988	8 479	9 548 ^p	8 052	6 820 ^p
Verunglückte Personen	Anzahl	2 086	2 065	1 822	1 627	1 432	1 821	2 098 ^p	1 766	1 401 ^p
* Getötete	Anzahl	39	39	35	44	17	40	50 ^p	28	24 ^p
Pkw-Insassen	Anzahl	21	22	26	27	10	26	29 ^p	24	20 ^p
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	6	7	2	1	1	2	2 ^p	-	-
Radfahrer	Anzahl	3	3	2	-	-	2	3 ^p	-	-
Fußgänger	Anzahl	8	4	4	15	5	8	14 ^p	4	3 ^p
Schwerverletzte	Anzahl	559	541	427	408	325	467	504 ^p	424	315 ^p
Pkw-Insassen	Anzahl	320	315	270	297	217	349	...	295	...
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	94	93	38	28	24	31	...	32	...
Radfahrer	Anzahl	57	58	33	15	22	21	...	23	...
Fußgänger	Anzahl	68	57	66	53	45	48	...	63	...
Geld und Kredit										
Zahlungsschwierigkeiten										
* Konkurse ¹⁾	Anzahl	59	67	67	74	65	75	87	87	88
Angemeldete Forderungen	1 000 DM	38 070	57 183	311 534	45 976	31 122	48 268	125 084	47 490	29 089
* Vergleichsverfahren	Anzahl	0	0	-	1	-	-	-	-	-
* Wechselproteste (ohne Post)	Anzahl	347
* Wechselsumme	1 000 DM	4 229

1) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1991	1992		1993				1994	
		Monatsdurchschnitt	Dezember	Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar	
Kredite und Einlagen ¹⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
* Kredite an Nichtbanken	Mill. DM	100 048	104 522	104 522
* Kredite an inländ. Nichtbanken	Mill. DM	98 090	102 700	102 700
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	20 478	20 181	20 181
* an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	19 357	19 583	19 583
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 121	598	598
* Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	10 344	11 288	11 288
* an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	7 615	8 686	8 686
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	2 729	2 602	2 602
* Langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	67 268	71 231	71 231
* an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	59 293	63 181	63 181
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	7 975	8 050	8 050
* Einlagen von Nichtbanken	Mill. DM	96 418	100 201	100 201
* Sichteinlagen	Mill. DM	15 224	17 005	17 005
* Termineinlagen	Mill. DM	42 243	43 765	43 765
* Spareinlagen	Mill. DM	38 951	39 431	39 431
* Gutschriften auf Sparkonten ²⁾	Mill. DM	2 269 ^r
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	2 289 ^r
Steuern ³⁾										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
* Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	1 809	1 970	3 004	3 308	3 255	3 646	4 306	3 250	3 590
* Steuern vom Einkommen	Mill. DM	1 246	1 357	2 368	1 042	1 287	1 391	2 379	1 113	1 543
* Lohnsteuer	Mill. DM	920	1 024	1 382	1 120	1 399	1 341	1 397	1 033	1 418
Einnahmen aus der Lohnsteuererlegung	Mill. DM	165	181	–	–	669	557	–	– 6	677
* Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	147	152	643	– 77	– 53	– 23	577	– 117	– 24
* Kapitalertragsteuer	Mill. DM	43	43	15	58	25	21	23	81	13
* Zinsabschlagsteuer	Mill. DM	–	–	–	–	15	74	21	150	93
* Zinsabschlagsteuererlegung	Mill. DM	–	–	–	–	7	54	–	–	73
* Körperschaftsteuer	Mill. DM	136	138	328	– 60	– 100	– 22	360	– 34	43
Einnahmen aus der Körperschaftsteuererlegung	Mill. DM	21	22	–	–	– 23	– 26	–	–	– 14
* Steuern vom Umsatz	Mill. DM	563	613	636	2 267	1 968	2 255	1 927	2 136	2 046
* Umsatzsteuer	Mill. DM	386	445	457	519	845	938	707	780	947
* Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	177	168	178	1 747	1 123	1 317	1 219	1 356	1 100
* Zölle	Mill. DM	13	11	7	94	220	231	249	195	210
* Bundessteuern	Mill. DM	131	150	200	20	599	454	1 222	14	537
Kapitalverkehrssteuern	Mill. DM	2	0	1	0	0	– 0	0	1	0
* Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	90	102	205	13	596	443	1 207	8	525
Solidaritätszuschlag	Mill. DM	36	44	– 9	3	– 3	5	10	0	5
* Landessteuern	Mill. DM	109	118	94	156	133	150	90	84	162
* Vermögensteuer	Mill. DM	23	24	7	47	53	70	2	2	59
* Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	50	59	48	69	56	52	50	44	73
* Biersteuer	Mill. DM	7	7	7	8	1	3	4	15	10

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank sowie Postgiro- und Postsparkassenämter); ohne durchlaufende Kredite. – 2) Einschl. Zinsgutschriften. – 3) Ab 1993 einschließlich der durch die Euro-Zoll-Kasse in Trier vereinnahmten Steuern und Abgaben.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1991	1992		1993				1994	
		Monatsdurchschnitt	Dezember		Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar
* Gemeindesteuern ¹⁾	Mill. DM	680	690	607	662	.	.
* Grundsteuer A	Mill. DM	8	8	8	7	.	.
* Grundsteuer B	Mill. DM	107	116	98	107	.	.
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	Mill. DM	499	492	428	459	.	.
Grunderwerbsteuer	Mill. DM	49	58	59	75	.	.
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften ²⁾										
* Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	1 052	1 149	1 682	1 885	2 379	2 478	3 492	1 919	2 545
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	543	588	1 032	443	538	592	1 040	545	672
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	366	398	413	1 428	1 240	1 432	1 214	1 359	1 335
* Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	905	974	1 436	867	1 036	1 089	1 473	869	1 178
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	538	582	1 029	434	535	582	1 038	476	658
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	244	258	270	284	366	358	315	308	356
* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände ¹⁾	Mill. DM	1 084	1 148	1 465	1 545	.	.
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) ³⁾	Mill. DM	423	406	292	369	.	.
* Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	Mill. DM	480	543	994	974	.	.
Preise										
* Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Bundesgebiet ⁴⁾	1985 = 100	110,7	115,1	116,8	118,1	118,6	120,9	121,1	122,2	122,6
* Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1985 = 100	108,6	112,1	112,1	113,4	114,0	114,3	114,5	114,8	115,5
* Preisindex für Wohngebäude im Bundesgebiet ⁴⁾ , Bauleistungen am Bauwerk ⁵⁾	1985 = 100	124,3	131,3	.	.	135,4	138,1	.	.	138,6
Löhne und Gehälter										
Arbeiter										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttostundenverdienste	DM	21,22 ^f	22,43	.	23,02	.	.	.	23,94	.
Männliche Arbeiter	DM	22,18 ^f	23,36	.	23,97	.	.	.	24,85	.
Facharbeiter	DM	23,59 ^f	24,74	.	25,37	.	.	.	26,37	.
Angelernte Arbeiter	DM	21,38 ^f	22,44	.	22,89	.	.	.	23,67	.
Hilfsarbeiter	DM	22,38 ^f	20,06	.	20,48	.	.	.	21,02	.
Weibliche Arbeiter	DM	15,79 ^f	16,87	.	17,32	.	.	.	18,10	.
Hilfsarbeiter	DM	15,43 ^f	16,53	.	16,98	.	.	.	17,64	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	39,6 ^f	39,4	.	38,2	.	.	.	37,6	.
Männliche Arbeiter	Std.	39,9 ^f	39,7	.	38,4	.	.	.	37,7	.
Weibliche Arbeiter	Std.	38,2 ^f	37,9	.	37,1	.	.	.	37,0	.
Angestellte										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttomonatsverdienste	DM	5 195 ^f	5 461	.	5 556	.	.	.	5 676	.
Kaufmännische Angestellte	DM	4 660 ^f	4 910	.	5 017	.	.	.	5 156	.
männlich	DM	5 583 ^f	5 860	.	5 986	.	.	.	6 121	.
weiblich	DM	3 679 ^f	3 905	.	3 996	.	.	.	4 110	.
Technische Angestellte	DM	5 641 ^f	5 907	.	5 990	.	.	.	6 087	.
männlich	DM	5 777 ^f	6 045	.	6 122	.	.	.	6 226	.
weiblich	DM	4 199 ^f	4 429	.	4 559	.	.	.	4 614	.
im Handel, bei Kreditinstituten und Versicherungen	DM	3 596 ^f	3 848	.	3 906	.	.	.	4 125	.
Kaufmännische Angestellte	DM	3 567 ^f	3 834	.	3 892	.	.	.	4 109	.
männlich	DM	4 285 ^f	4 591	.	4 699	.	.	.	4 866	.
weiblich	DM	2 983 ^f	3 198	.	3 238	.	.	.	3 477	.

1) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen. – 2) Ohne die der EG zustehenden Einnahmen aus Zöllen. – 3) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. – 4) Gebietsstand vor dem 3. 10. 1990. – 5) Ohne Baunebenleistungen.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes ¹⁾

Berichtsmerkmal	Einheit	1991	1992			1993				1994
		Monatsdurchschnitt		November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar
Bevölkerung und Erwerbs-tätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	64 074	64 865	65 241	65 289	65 332
Eheschließungen ²⁾	Anzahl	37 858 ³⁾	37 668 ^{p3)}	24 812 ^{p3)}	37 071 ^{p3)}	13 118 ^{p3)}	36 468 ^{p3)}	23 716 ^{p3)}	39 566 ^{p3)}	...
Lebendgeborene ⁴⁾	Anzahl	69 168 ³⁾	66 667 ^{p3)}	61 879 ^{p3)}	64 173 ^{p3)}	63 636 ^{p3)}	64 607 ^{p3)}	61 553 ^{p3)}	62 729 ^{p3)}	...
Gestorbene ⁵⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	75 937 ³⁾	73 108 ^{p3)}	73 284 ^{p3)}	77 093 ^{p3)}	77 103 ^{p3)}	69 822 ^{p3)}	77 277 ^{p3)}	82 423 ^{p3)}	...
Überschuß der Geborenen bzw. der Gestorbenen (-)	Anzahl	- 6 769 ³⁾	- 6 441 ^{p3)}	- 11 405 ^{p3)}	- 12 920 ^{p3)}	- 13 467 ^{p3)}	- 5 215 ^{p3)}	- 15 724 ^{p3)}	- 19 694 ^{p3)}	...
Arbeitslose	1 000	1 689	1 808	1 885	2 025	2 257	2 359	2 408	2 514	2 736
Männer	1 000	898	983	1 019	1 129	1 296	1 315	1 351	1 442	1 602
Arbeitslosenquote	%	6,3	6,6	6,9	7,4	8,1	8,5	8,7	9,1	9,8
Offene Stellen	1 000	331	324	259	237	242	201	189	183	207
Kurzarbeiter	1 000	145	283	478	650	857	660	636	556	517
Männer	1 000	117	213	364	513	693	525	511	452	421
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ⁶⁾										
Beschäftigte	1 000	7 515	7 333	7 214	7 118	7 020	6 674	6 637	6 580	...
Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	663	637	631	564	559	573	569	519	...
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	162 463	162 969	163 288	163 749	134 599	155 447	156 861	161 496	...
Auslandsumsatz	Mill. DM	43 557	43 616	43 939	42 971	34 290	41 585	42 497	44 707	...
Index der Nettoproduktion für das Verarbeitende Gewerbe (kalendermonatlich)	1985 = 100	121	119	109	109	99	116	115	106	102
Grundstoff- und Produktionsgüter-gewerbe	1985 = 100	112	113	96	96	102	116	113	98	108
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	126	122	117	117	94	114	114	110	94
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	123	120	106	106	107	121	120	100	108
Nahrungs- und Genußmittel-gewerbe	1985 = 100	129	128	124	124	113	138	137	121	120
Öffentliche Energieversorgung										
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	32 913	33 247	35 222	35 222	36 980	33 298	36 061
Gaserzeugung	Mill. m ³	2 814	2 764	2 769	3 047	3 231
Bauwirtschaft und Wohnungs-wesen										
Bauhauptgewerbe										
Beschäftigte	1 000	1 061	1 076	1 088	1 076	1 039	1 100 ^p	1 091 ^p	1 075 ^p	1 033
Geleistete Arbeitsstunden	Mill.	111	115	118	95	77	127 ^p	110 ^p	84 ^p	85
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	12 911	14 650	16 967	21 143	9 590	16 500 ^p	16 849 ^p	18 159 ^p	9 735
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	11 855	13 159	11 931	11 488	10 013	15 481	13 408	14 096	...
mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	9 875	10 842	9 395	8 890	8 034	12 276	10 629	10 938	...
Wohnfläche	1 000 m ²	2 553	2 909	2 842	2 834	2 290	3 624	3 114	3 431	...
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	2 926	2 826	2 845	2 485	2 133	2 979	2 631	2 597	...
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	33 385	38 234	38 919	40 135	31 859	47 743	41 917	47 559	...
Handel										
Einzelhandel										
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	136,4	137,5	144,7	177,8	116,8	137,8	144,3 ^r	167,7 ^r	119,6 ^p
Gastgewerbe										
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	120,8	124,0	115,5 ^r	122,8 ^r	104,8 ^r	133,9 ^r	113,0 ^p	119,5 ^p	...

1) Gebietsstand 2. Oktober 1990. - 2) Nach dem Ereignisort. - 3) Gebietsstand 3. Oktober 1990. - 4) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 5) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 6) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes ¹⁾

Berichtsmerkmal	Einheit	1991	1992			1993				1994
		Monatsdurchschnitt		November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar
Ausfuhr (Spezialhandel) ²⁾	Mill. DM	55 484	55 886	53 627	55 174	45 171
EG-Länder insgesamt	Mill. DM	30 000	30 385	28 788	27 392	22 948
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	4 061	4 131	3 945	3 762	3 165
Frankreich	Mill. DM	7 292	7 249	6 983	6 621	5 758
Großbritannien	Mill. DM	4 224	4 329	3 896	3 929	3 206
Italien	Mill. DM	5 107	5 199	4 863	4 356	3 733
Niederlande	Mill. DM	4 672	4 644	4 513	4 340	3 460
Einfuhr (Spezialhandel) ²⁾	Mill. DM	53 660	53 151	51 925	54 749	43 344
EG-Länder insgesamt	Mill. DM	27 911	27 653	27 383	28 583	22 091
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	3 824	3 736	3 725	3 501	2 511
Frankreich	Mill. DM	6 573	6 369	6 185	6 496	5 596
Großbritannien	Mill. DM	3 558	3 636	3 591	3 761	2 864
Italien	Mill. DM	4 976	4 885	4 710	4 977	3 894
Niederlande	Mill. DM	5 222	5 097	5 035	5 294	3 978
Geld und Kredit ^{3) 4)}										
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Kredite an inländische Nichtbanken	Mrd. DM	3 086	3 418	3 389	3 418	3 424	3 668	3 696	3 758	3 766 ^P
Unternehmen und Privatpersonen	Mrd. DM	2 456	2 674	2 670	2 674	2 675	2 844	2 858	2 920	2 922 ^P
Öffentliche Haushalte	Mrd. DM	629	744	719	744	749	824	838	838	844 ^P
Einlagen von Nichtbanken	Mrd. DM	2 176	2 261	2 254	2 661	2 240	2 357	2 400	2 498	2 486 ^P
Spareinlagen	Mrd. DM	754	771	739	771	771	805	814	859	866 ^P
Steuern ²⁾										
Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	40 372	44 662	37 226	77 083	43 561	38 025	39 642	80 411	48 119
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	24 900	27 609	18 647	57 903	24 451	19 253	19 888	59 610	27 643
Lohnsteuer	Mill. DM	17 848	20 610	19 102	36 162	22 429	19 617	19 533	37 767	22 775
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	3 461	3 461	- 756	13 558	- 163	- 836	- 1 150	11 827	- 718
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	14 973	16 476	18 197	17 445	19 204	17 887	19 380	19 742	20 418
Umsatzsteuer	Mill. DM	8 233	9 773	11 395	10 570	13 449	14 638	16 131	16 338	17 444
Zölle	Mill. DM	692	645	636	745	393	665	613	685	554
Bundessteuern	Mill. DM	7 802	8 758	7 558	14 290	971	7 742	7 998	15 168	1 066
Versicherungssteuer	Mill. DM	488	675	535	413	477	513	666	494	549
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	6 352	6 972	7 092	13 936	611	7 172	...	14 535	405
Preise										
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel ⁵⁾	1985 = 100	98,3	100,8	99,5	98,9	99,7	97,6	98,1	98,9	100,2
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ⁵⁾	1985 = 100	94,1	91,9	89,0	87,1	86,4	81,8	84,0	86,0	84,1 ^P
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ⁵⁾	1985 = 100	103,4	104,8	104,8	104,6	104,8	104,6	104,6	104,5	105,0
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen insgesamt	1985 = 100	124,6	131,5	133,2	-	-	-	138,0	-	-
Bauleistungen am Bauwerk ⁶⁾	1985 = 100	124,3	131,3	133,1	-	-	-	138,1	-	-
Preisindex für den Straßenbau	1985 = 100	121,0	127,7	128,9	-	-	-	130,7	-	-
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1985 = 100	110,7	115,1	116,7	116,8	118,1	120,6	120,9	121,1	122,2
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1985 = 100	108,6	112,1	111,9	112,1	113,4	114,0	114,3	114,5	114,8
Bekleidung, Schuhe	1985 = 100	110,1	113,3	114,5	114,6	115,1	117,1	117,4	117,4	117,5
Wohnungsmieten	1985 = 100	117,3	123,8	126,7	127,2	128,1	133,0	133,3	133,7	134,3
Energie (ohne Kraftstoffe)	1985 = 100	89,4	89,8	90,2	89,8	91,0	91,3	91,3	91,2	91,5
Übriges für die Haushaltsführung	1985 = 100	110,5	114,4	115,7	115,8	116,3	118,8	119,0	119,1	119,4
Güter für Gesundheits- und Körperpflege	1985 = 100	113,8	117,9	119,0	119,1	119,6	123,4	123,6	123,7	125,8
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1985 = 100	112,1	117,1	118,0	118,1	120,1	122,4	122,6	122,2	124,8
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	1985 = 100	108,1	112,7	114,0	114,1	114,8	116,7	117,0	117,1	117,5
Persönliche Ausstattung, Sonstiges	1985 = 100	118,0	124,3	129,2	129,7	131,8	136,6	138,0	138,8	141,7

1) Gebietsstand 2. Oktober 1990. – 2) Ab Januar 1991: Gebietsstand 3. Oktober 1990. – 3) Kredite und Einlagen der Deutschen Bundesbank und der Kreditinstitute. – 4) Ab Juni 1990 für das gesamte Währungsgebiet der D-Mark. – 5) Nettopreisindizes (ohne Umsatzsteuer). – 6) Ohne Bauleistungen.

354 DM Pacht je Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche

Die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe verringerte sich zwischen 1979 und 1991 um knapp ein Drittel. Die freigesetzte landwirtschaftlich genutzte Fläche ging zum größten Teil auf dem Pachtweg an die weiterwirtschaftenden Betriebe. Aufgrund dieser Entwicklung waren 1991 bereits 56 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche entweder von Familienangehörigen oder familienfremden Personen gepachtet.

Je Hektar Pachtfläche wurden durchschnittlich 354 DM gezahlt. In den unteren Betriebsgrößenklassen lagen die Pachtpreise wegen des hohen Sonderkulturananteils der Betriebe weit über dem Durchschnitt. Mehr als die Hälfte der von familienfremden Personen gepachteten Flächen war Ackerland. Der Pachtaufwand hierfür betrug 321 DM/ha. Für Dauergrünland wurden die geringsten Pachtpreise (176 DM/ha) gezahlt. Jeder fünfte Hektar Rebland war ebenfalls von Familienfremden gepachtet. Dafür mußten die Betriebe 2 042 DM/ha aufwenden.

Flächenzupachtungen erfolgen hauptsächlich durch Haupteinwerbsbetriebe. In Nebeneinwerbsbetrieben fehlt häufig aufgrund einer außerbetrieblichen Erwerbstätigkeit die Arbeitskapazität, um weitere Flächen bewirtschaften zu können. So entfielen 81 % der gepachteten Fläche auf Haupteinwerbsbetriebe, die durchschnittlich 369 DM/ha zahlten. Nebeneinwerbsbetriebe kamen mit knapp 100 DM weniger aus. bd

Mehr über dieses Thema auf Seite 84.

Wohngeldverfahren weiterentwickelt

Seit Inkrafttreten des Zweiten Wohngeldgesetzes im Jahre 1971 ist das Statistische Landesamt mit der DV-Entwicklung und maschinellen Durchführung des Wohngeldverfahrens beauftragt.

Das Wohngeldverfahren wurde jetzt so weiterentwickelt, daß eine direkte Kommunikation des Anwenders mit dem Zentralrechner erfolgen kann.

Die Eingabe der Daten per Bildschirm mit sofortiger Plausibilitätsprüfung führt seit dem Einsatz des neuen Verfahrens im Mai 1993 zu einer beschleunigten Wohngeldabwicklung. Verschiedene Auswertungsmöglichkeiten unterstützen hierbei die Fallbearbeitung.

Seit April 1994 ist die zweite Ausbaustufe im Einsatz. Hierbei wird nach vollständiger und fehlerfreier Eingabe eine Fall des zu gewählende Wohngeld berechnet und vor Ort angezeigt. fo

Mehr über dieses Thema auf Seite 88.

Steuereinnahmen des Landes nach Steuerverteilung ¹⁾

Steuerart	Januar - März		Veränderung
	1993	1994	
	Mill. DM		%
Landessteuern	402,2	370,8	- 7,8
Vermögensteuer	105,1	63,7	- 39,4
Erbschaftsteuer	30,8	25,1	- 18,6
Kraftfahrzeugsteuer	199,6	191,5	- 4,1
Rennwett- und Lotteriesteuer	46,0	45,0	- 2,3
Feuerschutzsteuer	3,9	10,0	156,1
Biersteuer	16,8	35,5	111,1
Landesanteil an den Steuern vom Einkommen	1 697,0	1 810,4	6,7
Lohnsteuer	1 369,0	1 388,1	1,4
Veranlagte Einkommensteuer	149,7	99,2	- 33,7
Kapitalertragsteuer	38,4	48,4	25,8
Zinsabschlagsteuer	15,5	112,9	.
Körperschaftsteuer	124,4	161,8	30,1
Landesanteil an den Steuern vom Umsatz	840,4	815,7	- 2,9
Umsatzsteuer	673,5	716,6	6,4
Einfuhrumsatzsteuer	166,9	99,1	- 40,6
Landesanteil an der Gewerbesteuerumlage	- 3,8	1,3	.
Gewerbesteuerumlage-Anhebung	- 0,3	1,2	.
I n s g e s a m t	2 935,5	2 999,4	2,2

1) Da die Aufkommensintensität während des Jahres erheblichen Schwankungen unterliegt, dürfen unterjährige Ergebnisse nicht direkt auf das Gesamtjahr hochgerechnet werden.

Themen der letzten Hefte

Heft 2 / Februar 1994

Neue regionale Bevölkerungsprognose

Das Statistische Programm der Europäischen Gemeinschaft für 1993 bis 1997 – Statistik für die Europäische Union

Haushaltspanel 1994 bis 1996

Die reformierte Sozialhilfestatistik

Gewerblicher Güternahverkehr 1977 bis 1992

Die Südpfalz als Partner in der Großregion Oberrhein

Heft 3 / März 1994

Die rheinland-pfälzische Wirtschaft 1993

Gehaltsstruktur des Landespersonals

Weiterbildung an rheinland-pfälzischen Hochschulen – Erste Ergebnisse der Gasthörerstatistik



Vorankündigung einer Veröffentlichung

Jetzt bestellen!

Oktav-Format

Preis: DM 45,- zuzüglich Porto

Das Statistische Landesamt wird das

»Handbuch der Finanzstatistik 1993«

in den nächsten Wochen veröffentlichen. Es enthält die jüngsten Ergebnisse der Finanz- und Personalstatistiken sowie des kommunalen Finanzausgleichs.

Das Nachschlagewerk liefert umfangreiche und ins Detail gehende Daten über die Ausgaben und Einnahmen von Land und Kommunen, deren Personal und deren Schulden. Einen breiten Raum nehmen die Regionaltabellen ein. Sie stellen auch Angaben für einzelne Körperschaften bereit, die einen Vergleich mit anderen Gemeinden, Verbandsgemeinden und Landkreisen oder entsprechenden Durchschnittswerten gestatten. Dies ermöglicht detaillierte Aussagen und Analysen über die Finanzausstattung der Kommunen, ihren Personaleinsatz, ihre Verschuldung, ihre Steuerkraft und über die Zahlungen, die sie im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs erhalten oder leisten.

Dem Tabellenwerk von 732 Seiten sind ausführliche methodische Erläuterungen vorangestellt, die vor allem die Begriffsinhalte der tabellarisch nachgewiesenen Angaben genau kennzeichnen und damit den Aussagewert der Ergebnisse eindeutig umschreiben.

Nutzen Sie die Möglichkeit, das Handbuch der Finanzstatistik beim Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz, Mainzer Straße 14-16, 56130 Bad Ems, zu bestellen.

Zeichenerklärung und Abkürzungen

0	Zahl ungleich Null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle	D	Durchschnitt
-	nichts vorhanden (genau Null)	p	vorläufig
.	Zahl unbekannt oder geheimzuhalten	r	berichtigt
X	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll	s	geschätzt
...	Zahl fällt später an		
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug		
()	Aussagewert eingeschränkt, da die Zahl statistisch unsicher ist		

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50–100“ verwendet.